

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B.: Dr. C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. NOV. 1930

Brunings Programm.

Int. Institut
Soz. Geschiedehis
Amsterdam

SPD. Die Reichsregierung hat am Dienstag abermals den Reichsrat als Forum für die Bekanntgabe und die Begründung ihrer allgemein-politischen Absichten benutzt. Der Reichskanzler Brünning hat das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung politisch begründet. Er fordert, dass der Reichsrat das Programm in 14 Tagen durchberate.

Der Reichskanzler hat diesen Plan unter zwei Gesichtspunkten gewürdigt. Er erblickt in seiner Durchführung die Voraussetzung jeder auf eine Revision der bisherigen Zahlungsverpflichtungen gerichteten Aussenpolitik. Er glaubt ferner, dass die Verabschiedung der 30 Gesetze, die diesen Plan bilden, das Vertrauen wieder herstellen und die Vorbedingung für eine künftige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft schaffen werden.

So weit der aussenpolitische Gesichtspunkt in Betracht kommt, sollen die Darlegungen des Reichskanzlers besagen, dass, so lange die deutschen Finanzen nicht gründlich in Ordnung gebracht sind, an ernsthafte Bemühungen um eine erträgliche Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen nicht gedacht werden kann. Das ist ein Gesichtspunkt, dem wir durchaus zustimmen können.

Es ist ferner unstreitig richtig, dass die gegenwärtige Krise darauf beruht, dass das öffentliche Vertrauen sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht wankend geworden ist. Die Befestigung des Staatshaushaltes, die Ordnung der Reichsfinanzen, die Befestigung geordneter parlamentarischer Zustände sind sicherlich notwendige Voraussetzungen für eine Ueberwindung der Krise. Strittig ist aber, ob dieses Ziel wirklich nur auf dem Wege zu erreichen ist, den die Regierung zunächst in grossen Umrissen und nunmehr auch in Einzelgesetzen vorgelegt hat. Es bestehen dagegen sehr berechtigte Bedenken.

Nach wie vor hofft die Regierung, eine Kostensenkung in der gesamten Wirtschaft durch Preissenkung und einseitige Steuerherabsetzungen herbeizuführen. Das Wesentliche dabei ist, dass sie auf Preissenkungen hofft, und nur auf dem indirekten Wege darauf hinzuwirken versucht. In der Frage der Lohnsenkung verhält sie sich, wie frühere Ausführungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald und seine Rede im Reichsrat beweisen, weitaus aktiver und entschiedener. Hier hofft sie nicht nur, hier handelt sie auch! Wir vermissen jedoch eine gleiche Aktivität und tatsächliche Handlungen in der Frage der Preissenkung. Einige kleine Ansätze, so bei den Kohlenpreisen, vermögen nicht, den Eindruck zu erschüttern, dass die Regierung bisher nichts Entscheidendes zur Herbeiführung der Preissenkung unternommen habe!

Aus den Worten des Reichskanzlers geht das Eingeständnis hervor, dass vor allem bei den Kosten der Lebenshaltung bisher nichts Entscheidendes zur Senkung geschehen ist. Der Reichskanzler hat dafür neue Massnahmen auf agrar-politischem Gebiete angekündigt. Er hat sich nicht darüber geäussert, ob diese Massnahmen die bisher eingeschlagene Richtung in der Agrarpolitik weiter verfolgen wird. Die bisherige Agrarpolitik, die in der Hauptsache Zollpolitik war, hat

nicht nur auf ein Festhalten der Agrarpreise, sondern darüber hinaus auf eine Aufwärtsbewegung hinwirken wollen. Das wirtschaftliche Gesamtinteresse erfordert jedoch nicht nur, dass die Zwischenhandelsspanne erheblich gesenkt wird, es erfordert vielmehr eine energische und deutlich fühlbare Preissenkung beim letzten Verbrauch.

Die Programmrede des Reichskanzlers liess ausserdem ein positives Arbeitsbeschaffungsprogramm vermissen. Man kann darüber hinaus aus der Erklärung des Kanzlers, dass die Regierung zunächst keine Einzelmassnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegen wolle, den Schluss ziehen, dass die Reichsregierung zunächst auch dem preussischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von weitesten Kreisen der Bevölkerung gebilligt wird, nicht näher zu treten wünscht. Die Stellungnahme, die das neue Programm dem Wohnungsbau gegenüber einnimmt, ist gleichfalls nicht geeignet, der Massenarbeitslosigkeit unmittelbar entgegen zu wirken.

So beruht die Gesamtheit dieses Programms, wenn man von den Einzelheiten absieht, im wesentlichen auf Hoffnungen. Auf der Hoffnung, dass durch indirekte und psychologische Einwirkungen die Preissenkung von selbst in Gang kommen möge und auf der Hoffnung, dass die Senkung einzelner Steuern zu einer Belebung der Wirtschaft aus sich selbst heraus führen möge. So lange die Hoffnungen nicht von einer aktiven Wirtschaftspolitik begleitet werden, bleiben alle Voraussetzungen für den Ausweg aus der Krise unsicher. Obwohl sich der Reichsfinanzminister Dietrich lebhaft bemüht hat, Optimismus zur Schau zu tragen, klang aus seinen Ausführungen immer wieder ein pessimistischer Unterton: dass nämlich wenn die Hoffnungen sich als irrig erweisen und die indirekte Methode nicht zu direkten Erfolgen führt, dann eben wieder eine neue und dann noch kritischere Situation da sein werde.

Wenn unter diesen Umständen das Programm glaubt, die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat loslösen zu können, so liegt darin ein sehr starkes Gefahrenmoment!

Das Programm der Regierung wird zunächst im Reichsrat umkämpft sein. Die Interessen der Länder werden dort sehr energisch vertreten werden. Die Interessen der Gemeinden jedoch, in die dies Programm ausserordentlich stark eingreift haben im grossen und ganzen im Reichsrat keine Vertretung. Die Interessen der Gemeinden aber sind im wesentlichen identisch mit den sozialen Interessen der breiten Massen der Bevölkerung!

Um so stärker müssen die Masseninteressen bei der Beratung des neuen Programms im Reichstag vertreten werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist diesem Programm gegenüber in ihrer Stellung vollständig frei. Sie wird sich bemühen, die Interessen der breiten Massen des Volkes zu wahren, Verbesserungsvorschläge durchzusetzen und das Beste aus diesem Programm zu machen. Ihre Verbesserungsversuche werden, wie die letzte Entschliessung der Deutschen Volkspartei erkennen lässt, auf grosse Widerstände stossen. Von rechts her wird der Versuch unternommen werden, noch einseitiger die Unternehmerinteressen gegenüber den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung heraus zu arbeiten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in dem Ringen um die Verbesserung des Programms ihre ganze Kraft einsetzen, sie ist bereit zur Abwehr wie zum Angriff!

SPD. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den Staatsminister a.D. Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen. Der bisherige Polizeipräsident von Berlin Zörgiebel ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

SPD. Am Dienstag fand die grosse öffentliche Reichsratssitzung zur Besprechung des Finanz- und Wirtschafts-Programms der Reichsregierung im grossen Saale des Reichshaushalts-Ausschusses statt. Da der Reichstag jetzt nicht versammelt ist, waren verhältnismässig wenig Parlamentarier als Zuhörer anwesend, während die Presse ausserordentlich stark vertreten war.

Reichskanzler Dr. Brüning erschien frühzeitig in Begleitung des Reichsfinanzministers Dietrich. Bald darauf erschienen auch die Reichsminister Stegerwald und Curtius. Die Länder waren vielfach durch ihre Ministerpräsidenten vertreten, Preussen durch Ministerpräsident Braun und Bayern durch Ministerpräsident Held.

Reichskanzler Dr. Brüning:

Die jetzige öffentliche Tagung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die grossen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungswerk, wie es von so grosser Bedeutung uns seit vielen Jahren nicht vorgelegen hat. Dieses Gesetzgebungswerk steht in engster Beziehung zu unserer Aussenpolitik, ja es bildet die Voraussetzung für unsere Aussenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Young-Planes bekommen haben, muss es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengesetzt ist, dafür zu sorgen, dass von dieser Freiheit der richtige Gebrauch gemacht wird und Sicherungen dafür getroffen werden, dass diese Freiheit unter allen Umständen erhalten bleibt. Die Freiheit ist auch mit Opfern verbunden. Das Ziel unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik ist, die Aktionsfähigkeit unserer Aussenpolitik zu erweitern. Wir müssen das Vertrauen zu unserer Wirtschaft wiedergewinnen. Ausland und Inland, vor allem aber die Wirtschaft erwarten, dass das Finanz- und Wirtschaftsprogramm in kürzester Frist Gesetz werde.

Ein gewisser Zug der Resignation und Müdigkeit, der durch unsere Wirtschaft geht, muss beseitigt werden. Wir haben die feste Zuversicht, dass es bei Anspannung aller Kräfte Deutschland gelingen wird, den Anschluss an die weltwirtschaftliche Umstellung zu finden und dass Deutschland dabei weniger leiden wird als andere Länder.

Der Streit bei den kommenden Verhandlungen wird im Reichsrat gehen um die hundert Millionen Kürzung an den Länderüberweisungen, um das Bauprogramm der Reichsregierung, um die Senkung der Realsteuern und um den endgültigen Finanzausgleich, den wir in Form eines Rahmengesetzes Ende dieser Woche Ihnen zuleiten werden. Es wird möglich sein, die Realsteuern zu senken.

Das soll der Schlussstein sein zu den Preissenkungsmassnahmen der Regierung, denn damit soll das Argument beseitigt werden, das jetzt gegen die Preissenkung im Kleinhandel und bei den Lebensmitteln angewandt werden wird. Wir bedürfen zur Durchführung der Preissenkung der Unterstützung der Öffentlichkeit und der Presse. Wir sind auch überzeugt, dass es möglich sein wird, den Wohnungsmarkt in Gang zu bringen. Wir müssen in diesem oder im nächsten Jahre zu einer Ueberleitung des Wohnungsmarkts von der rein staatlichen Unterstützung zur Privatwirtschaft kommen, weil wir sonst in zwei oder drei Jahren vor einem jähen Absturz stehen und jahrelang Hunderttausende arbeitsloser Bauarbeiter haben würden. Unbedingt notwendig ist rücksichtslose Sparsamkeit auf allen Gebieten, denn mit weiteren Steuererhöhungen können wir den Finanzbedarf nicht mehr decken. Auch in der Tabakbesteuerung haben wir jetzt das Optimum erreicht. Die einzige Steuer, die noch erhöht werden könnte, wäre die Umsatzsteuer, aber eine solche Erhöhung wäre unvereinbar mit unserer Preissenkungsaktion. Zur Kürzung der Beamtengehälter mussten wir greifen, weil einfach ein anderer Weg nicht vorhanden war. Wir haben das gewiss nicht leichten Herzens getan, aber wir meinen, dass die Beamtenschaft sich durch dieses Opfer am stärksten in das Volksganze einfügen wird. Nach einiger Zeit wird man erkennen, dass durch diese Notmassnahme die Reichsregierung dem Berufsbeamtentum keinen Schaden, sondern einen vollen Dienst erwiesen hat. Wir müssen an den Reichsrat die Bitte

richtèn, innerhalb vierzehn Tagen die Gesamtheit dieser Gesetze zur Verabschiedung zu bringen. Das ist gewiss eine ausserordentlich schwierige Arbeit, aber sie ist notwendig zur Wiederberuhigung der öffentlichen Atmosphäre in Deutschland und zur Ankurbelung der Wirtschaft, die die Voraussetzung ist für eine Preissenkung und für eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Wir haben uns damit beschäftigt, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann, aber die Reichsregierung lehnt es ab, in dieser Stunde Einzelmassnahmen vorzuschlagen, weil Voraussetzung die Beschaffung von Kapital und Kredit ist. Das wird nur möglich sein, wenn es gelingt, vorher in kürzester Frist, dieses Gesetzgebungswerk zu erledigen. Der Reichsrat befindet sich in einer grossen geschichtlichen Stunde seiner Tätigkeit. Sie wissen alle, dass schnelles Handeln notwendig ist und dass davon ein grosses Stück der Zukunft des deutschen Volkes abhängt.

Reichsfinanzminister Dietrich

erläuterte dann die vorliegenden Gesetzentwürfe im einzelnen. Es handelt sich dabei um den Etat, um das Gehaltskürzungsgesetz, um das Gesetz zur Senkung des Personalaufwands, um die Ausgabenbegrenzung im Haushalt, um die Fortsetzung der bisher als Notverordnung verfügten Zuschläge zu den höheren Einkommensteuerstufen, um die Fortsetzung der Erhöhung der Tantiemesteuer, um die Senkung der Realsteuern und die Vereinfachung des Steuersystems. Die Vorlage zur Erhöhung der Tabaksteuer wird in den nächsten Tagen eingehen.

Im neuen Haushalt konnten infolge der Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung 267 Millionen gespart werden. Die Gehaltskürzungen bedeuten für das Reich einschliesslich der Post eine Ersparnis von 124 Millionen, für Länder und Gemeinden eine solche von 270 Millionen. Davon sollen 170 Millionen den Ländern und Gemeinden verbleiben, während 100 Millionen an den Ueberweisungen gekürzt werden sollen. Es muss unter allen Umständen eine Entlastung der Wirtschaft erfolgen. Es ist populär und sehr bequem zu sagen, man decke die Staatsausgaben durch Belastung der vorhandenen Objekte. Es ist aber Demagogie, zu glauben, dass eine solche Politik zu dem Ziel der Belebung der Wirtschaft und der Verringerung der Arbeitslosigkeit führen könne. Die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage ist schwierig, gibt aber keine Veranlassung, den Katastrophenpolitikern nachzulaufen. Vor allem ist Wiederherstellung des Vertrauens nötig.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald:

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich mit der Vorseibständigkeit der Arbeitslosenversicherung. Die Abhängigmachung der Versicherung vom Etat ist an sich richtig. Strittig ist nur die Summe, die dafür eingestellt werden soll. Wir rechnen damit, dass im nächsten Jahre 900 000 Menschen unter die Krisenfürsorge fallen und dass die Wohlfahrtsunterstützung am 1. April 1931 etwa 700 000 bis 800 000 Erwerbslosen zugute kommen wird. Wenn die Sanierungspolitik der Reichsregierung überhaupt einen Sinn haben soll, dann muss im nächsten Jahre mit einer Verminderung der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Wird der Beitragssatz von 6½ Prozent beibehalten, dann müssten wir im nächsten Jahre mit den Mitteln sicher ausreichen.

In der Wohnungspolitik ist gleichfalls die Voraussetzung, dass die Sanierungspolitik der Regierung zum Ziele führt. Gelingt das nicht, so können wir weder mit der alten noch mit der neuen Wohnungspolitik etwas erreichen.

Über die Lohnpolitik besteht augenblicklich grosse Verwirrung. Ganz zu Unrecht wird der Regierung vorgeworfen, dass sie Lohnsenkungspolitik treibe. Dabei wird vergessen, dass in anderen Ländern, wo der Staat sich gar nicht um die Löhne kümmert, auch eine starke Lohnsenkung eingetreten ist im freien Spiel der Kräfte. Wenn die Reichsregierung ihre Machtmittel zur Stabilisierung der seitherigen Löhne einsetzen wollte, so stände sie vor einer kaum lösbarer Aufgabe. Ueberlassen wir die Lohnentwicklung dem freien Spiel der Kräfte, so könnten bei der deutschen Neigung zu Extremen Störungen der öffentlichen Ordnung im Gefolge von Streiks und Aussperrungen eintreten, dass das

Sanierungswerk dadurch ernstlich gefährdet werden könnte. Für die deutsche Reichsregierung bleibt daher nur der dritte Weg der Lohnpolitik offen, nämlich mässigend und regulierend einzugreifen.

Hierauf wurde gegen 12 Uhr mittags die öffentliche Reichsratssitzung geschlossen und die Beratung in vertraulicher Sitzung fortgesetzt.

SPD. Hamburg, 4. November (Eig. Drahtb.)

Der Hamburger Senat hat an die Behörden folgenden Erllass herausgegeben, der allen Beamten zur Kenntnis zu bringen ist:

"Beamte, die Parteien und Organisationen unterstützen oder fördern, die den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung erstreben, verletzen die aus dem Beamtenverhältnis sich ergebende besondere Treupflicht des Beamten gegenüber dem Staat und machen sich eines Dienstvergehens schuldig. Zu diesen Parteien gehören die Kommunistische Partei Deutschlands und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat selbst zugegeben, dass sie den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung erstrebt. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verfolgt nach zahlreichen Äusserungen massgeblicher Führer das gleiche Ziel. Gegenteilige Erklärungen von Führern dieser Partei aus jüngster Zeit beweisen nicht, dass die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei dieses Ziel aufgegeben hat.

Der Senat warnt daher die Beamtenschaft nachdrücklich vor jeder Unterstützung und Förderung solcher Parteien und Organisationen."

SPD. Warschau, 4. November (Eig. Drahtb.)

Der Wahlterror der polnischen Regierung gegen die deutsche Minderheit nimmt immer grösseren Umfang an. Am Montag wurden in Neustadt in Pommerellen nicht weniger als neun Deutsche verhaftet, die führenden Anteil an der deutschen Wahlbewegung genommen haben, unter dem Vorwand, in ihrer Wahlpropaganda staatsfeindliche Agitation getrieben zu haben. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein deutscher Sejm-Kandidat. Im Wahlkreis Samter-Czernikau im Bezirk Posen, wurde durch eine Schikane der Behörden der deutschen Liste eine andere Nummer verliehen, sodass sie nicht der Staatsliste angeschlossen werden kann und die Gefahr besteht, dass etwa 20 000 deutsche Stimmen dieses Wahlkreises verloren gehen. In ähnlicher Weise wurde auch in anderen Wahlbezirken vorgegangen; wo ausserdem noch zahlreichen deutschen Wählern ihr Wahlrecht, das sie bisher unbeanstandet ausgeübt hatten, aberkannt wurde.

Gegen die übrige Opposition Polens wird auch weiterhin rücksichtsloser Terror geübt. Die Wahlvorschläge des Linksblocks sind bisher in insgesamt 14 Bezirken für ungültig erklärt worden, wodurch allein dieser Block schon vor den Wahlen einen Verlust von etwa 80 Mandaten zu verzeichnen hat, abgesehen von den sicheren Verlusten, die die Schikanen und Gewaltmassnahme der Regierung ihnen zufügen müssen. Von den ehemaligen oppositionellen Sejm-Abgeordneten befinden sich zurzeit über 80 in verschiedenen polnischen Gefängnissen. Täglich werden einige von ihnen zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt, während die Zahl der insgesamt verhafteten oppositionellen Parteimitglieder bereits mehrere hundert beträgt.

SPD. Wien, 4. November (Eig. Drahtb.)

Die bereits am Montag vorauszusehenden Hausdurchsuchungen in sozialdemokratischen Lokalen haben am Dienstag in ganz Österreich in Parteisekretariaten, Arbeiterheimen, Konsumvereinen usw. mit seinem Riesenaufgebot von Polizei, Gendarmerie und Militär, die mit Maschinengewehren und spanischen Reitern aufmarschiert waren, stattgefunden. Um 1/4 10 Uhr vormittags erschien im sozial-

demokratischen Parteihaus in Wien ein starkes Polizeiaufgebot und wies dem Obmann des Republikanischen Schutzbundes, dem Genossen Heinz, einen Polizeiauftrag zur Durchsuchung des Hauses vor. Der Auftrag war nicht, wie das Gesetz vorschreibt, vom Gericht ausgestellt. Genosse Heinz protestierte infolgedessen wegen dieser gesetzwidrigen Haussuchung. Da aber der Polizeibeamte darauf bestand, wurde ihm freigegeben, die Hausdurchsuchung vorzunehmen. Es wurde nun das ganze Parteihaus vom Keller bis zum Boden durchsucht. Im Keller wurden auch Mauern durchbrochen und Kriminalbeamte krochen durch die Löcher, um sich zu überzeugen, dass in den Mauern nichts verborgen ist. Die Aktion im Parteihaus dauerte bis gegen ein Uhr. Um diese Zeit zog die Polizei ab, ohne auch nur die Spur einer Waffe gefunden zu haben. Zur gleichen Zeit erschienen grössere Polizeiaufgebote auch in den Arbeiterheimen der einzelnen Bezirke und in einer ganzen Reihe von Parteisekretariaten, wo überall die Kanzlei-Räume, Schreibtische und die ganzen Häuser durchsucht wurden, ohne dass auch nur irgendwo eine Waffe gefunden worden wäre. In der Provinz wurden überall mit riesigem Militäraufgebot mit Maschinengewehren und Gendarmerie die Durchsuchungen vorgenommen.

In Wiener Neustadt befinden sich seit der Burgenlandkrise in Verwahrung der Gemeindeverwaltung im Rathaus eine grössere Anzahl von Waffen, die unter gemeinsamen Verschluss der Vertrauensmänner der Sozialdemokraten und der Christlich-Sozialen standen. Als am Dienstag früh Gendarmerie und Staatspolizei erschien und die Auslieferung der Waffen verlangte, erklärte der sozialdemokratische Bürgermeister Ofenböck, dass er ohne Auftrag der Landesregierung die Waffen nicht ausfolgen könne. Er verlangte, dass der christlich-soziale Landeshauptmann Buresch befragt werde. Der Kommandant der Gendarmerie erklärte aber, er habe einen höheren Auftrag als von der Landesregierung. Nun wurde das Lokal gewaltsam aufgebrochen und natürlich nur die Waffen gefunden, von denen sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung wussten. Während dieser Amtshandlung im Rathaus in Wiener Neustadt war in der ganzen Stadt Militär aufmarschiert, Maschinengewehre waren vor dem Rathaus aufgestellt, die Telephonzentrale war von der Bundespolizei besetzt und alle Gespräche aus dem Rathaus wurden überwacht. Ähnlich ging es in st. Pölten, wo sogar das Kinderfreunde-Heim nach Waffen durchsucht wurde, allerdings vergeblich. Dort wurde sogar im Garten nach Waffen gegraben. Einzig beim Arbeiter-Schützenverein wurden einige Jagdwaffen gefunden, die dem Verein erlaubt sind. Aus ganz Oesterreich werden ähnliche Amtshandlungen gemeldet.

In Wien wurde das sozialdemokratische Parteihaus und einige Hotel-Lokalitäten, in denen Sozialdemokraten verkehren, besetzt und die Strassen von Militär abgesperrt. Am argsten trieb man es in Steiermark. In Graz waren schon am Montag abend riesige Mengen Gendarmerie zusammengezogen. Nun wurde am Dienstag um sechs Uhr morgens das Parteihaus und das Lokal des Schutzbundes von Militär besetzt, die Schreibtische erbrochen, aber nichts gefunden. In Bruck wurde die Wohnung des Landtagsabgeordneten Wallisch von der Polizei besetzt und Wallisch gehindert, die Wohnung zu verlassen. Ähnlich erging es in Leoben, wo in die Gebäude der Arbeiterkammer, der Arbeiterbäckerei usw. eingedrungen und sogar die Fussböden aufgerissen wurden, ohne dass man irgendetwas fand. In Insbruck wurde ebenfalls das Parteihaus, die Arbeiterbäckerei und die Redaktion der sozialdemokratischen "Volkszeitung" von Gendarmerie durchsucht. Es wurden einige Gewehre gefunden, die nach den Erklärungen des Tiroler Landeshauptmanns unter die von der Bundesregierung anerkannte Tiroler historische Waffenfreiheit fallen. Die ganze riesige Aktion hat mit einer ungeheuren Blamage geendet. Auch die bürgerlichen Blätter stellen die Erfolglosigkeit fest.

Die "Neue Freie Presse", die durchaus nicht sozialistenfreundlich ist, erklärt, dass in Wien wenigstens der ganze Vorstoss ein absoluter Misserfolg war, und dass es sich um eine einseitige Entwaffnungsaktion handelte, die vollkommen im Widerspruch zu einer wirklichen Entwaffnung beider Teile steht. Es müsse auch der ernsteste Zweifel an der Gesetzlichkeit der ganzen Aktion gehegt werden.

Am Dienstag nachmittag ist der Wiener Landtag zusammengetreten, in dem die Sozialdemokraten zunächst eine Reihe von konfiszierten Artikeln der "Arbeiter-Zeitung" und anderer Blätter durch Verlesung immunisierten. Darauf wurde eine Anfrage an den Bürgermeister eingebracht, die sich gegen die Umgehung des Aufmarschverbots durch die Heimwehren wendet und die Ungesetzlichkeit und Verfassungswidrigkeit der heutigen Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl darlegt. Eine dritte Interpellation erörtert einen neuerlichen Waffenschmuggel des derzeitigen Innenministers und Heimwehrführers Starhemberg.

SPD. Weimar, 4. November (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag abends 8 Uhr sollte Helmut von Gerlach in einer öffentlichen Versammlung in Altenburg über das Thema sprechen: Ist die deutsche Republik bedroht? Die Versammlung war einberufen vom Reichsbanner, Gewerkschaftskartell, der deutschen Friedensgesellschaft und der Sozialdemokratischen Partei. Frick hat diese Versammlung auf Grund § 32 der Landesverwaltungsordnung von Thüringen verboten. Dieser Paragraph besagt: "Die Verwaltung hat als Polizei die Aufgabe, der Gesamtheit oder dem einzelnen bevorstehende Gefahr abzuwehren, durch die die öffentliche Ruhe, Sicherheit oder Ordnung gestört wird."

SPD, Weimar, 4. November (Eig. Drahtb.)

Frick hat der sozialdemokratischen "Ostthüringer Tribüne" die Inserate entzogen. Auf eine Anfrage des Verlages beim Thüringer Innenministerium erfolgte die Antwort: Die Zahl der Tageszeitungen, denen amtliche Bekanntmachungen der staatlichen Polizeiverwaltung zugehen, ist von uns aus Sparsamkeitsgründen beschränkt worden. Wenn Sie sich bereit erklären, die Bekanntmachungen kostenlos aufzunehmen, sind wir bereit, sie Ihnen zugehen zu lassen. ge. Frick.

SPD. Frankfurt/M., 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

Während des Besuches einer Filmvorführung in Bad Homburg erlitt der Landrat des Kreises Dinslaken einen Herzschlag, an dessen Folgen er starb. Der Landrat war zur Besichtigung eines von ihm für seinen Wahlkreis errichteten Kinderheimes nach Bad Homburg gefahren und hatte mit Angehörigen des Heimes die Kinovorstellung besucht.

SPD. Frankfurt/M., 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

An der südpfälzischen Grenze konnten dort in Zivil aufgestellte Sicherheitsposten mehrere junge Männer festnehmen, die, um dem Arbeitsloseneid in Deutschland zu entgehen, sich von der Fremdenlegion in Frankreich anwerben lassen wollten. Sie wurden wegen Passvergehens dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

SPD. Braunschweig, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des braunschweigischen Landtags wurde die sozialdemokratische Grosse Anfrage über den Fall Franzen behandelt. Die sozialdemokratischen Abg. Thielemann und Dr. Jasper begründeten die Anfrage und stellten beide anhand der bisher zur Veröffentlichung im "Volksfreund" verbotenen amtlichen Bekanntmachungen des Berliner Polizeipräsidiums fest, dass der braunschweigische Polizeiminister die Berliner Polizeibeamten irreführt habe. Alle Versuche, die Angelegenheit als Tagesklatsch abzutun, wie es die bürger-

liche Presse in Braunschweig versuche, seien gescheitert. Wenn Dr. Franzen wirklich den ganzen Sachverhalt aufklären wollte, dann hätte er den verantwortliche Redakteur des "Volksfreundes" wegen Beleidigung verklagen müssen. Das hätte er nicht getan, deshalb müsse man seine Haltung als ein Kneifen bezeichnen. Bezeichnend sei auch sein schnelles Verschwinden aus dem preussischen Justizdienst. Das habe er nur getan, um einem unangenehmen Disziplinarverfahren zu entgehen. Minister Dr. Franzen glaube wohl selbst nicht daran, dass er in Braunschweig eine Lebensstellung haben würde. (Hier ruft ein nationalsozialistischer Abgeordneter: "Doch, bestimmt!" - worauf grosse Heiterkeit im ganzen Hause entsteht.)

Minister Dr. Kuechenthal gab eine Erklärung ab, worin die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion in dem ersten Teil, wo gefragt wird, ob Franzen bereit sei, sein Amt niederzulegen oder sich wenigstens bis zur Entscheidung über das Strafverfahren aller Dienstgeschäfte zu enthalten, mit einem Nein beantwortet wird. Auf die zweite Frage, welche Folgerungen das Staatsministerium aus dem Verhalten des Ministers Dr. Franzen zu ziehen gedenkt, antwortet Dr. Kuechenthal, dass das Staatsministerium zu der Angelegenheit erst dann Stellung nehmen könnte, sobald die Zeit gekommen sei, dass eine abschliessende Beurteilung möglich wäre. Der Minister erläuterte dann eingehend seine Bemühungen, mit Dr. Franzen, der während der ganzen Zeit in Berlin gewilt habe, eine Verständigung über die Vorgänge herbeizuführen. Als er nach Braunschweig zurückgekommen sei, wäre der braunschweigische Gesandte in Berlin beauftragt worden, bei den zuständigen Stellen um möglichste Beschleunigung der gerichtlichen Klärung der Angelegenheit, insbesondere des Falles Guth zu bitten. Daran habe dem Minister Franzen selbst gelegen. Bis heute sei das Aktenmaterial der preussischen Regierungsstellen im Staatsministerium in Braunschweig nicht zur Verfügung gestellt worden.

Dr. Jasper (Soz) erklärte, dass die Antwort des Ministers in keiner Weise befriedigen könne. Das Verhalten des Ministers Dr. Franzen könne nicht mit einem parlamentarischen Ausdruck bezeichnet werden. Minister Dr. Kuechenthal machte hier eine Zwischenbemerkung, aus der zu erkennen ist, dass er von dem Verhalten seines Ministerkollegen Dr. Franzen abrückt und sich dessen Auffassung über das Verbleiben im Amt nicht zu eigen macht. Er, Kuechenthal, habe lediglich einen Beschluss des Staatsministerium wiedergegeben. Es ist unverkennbar, dass dieser Beschluss gegen die Stimme Kuechenthals zustande gekommen ist. Bekanntlich besteht das Staatsministerium aus zwei Ministern.

In der dann fortgesetzten Debatte kam es zu heftigen Zusammenstössen zwischen den nationalsozialistischen Rednern, die einen verzweifelten Ablenkungsversuch machten und der Sozialdemokratie alle möglichen Korruptionsfälle vorwarfen, und den Sozialdemokraten. Wiederholt nahm die Sitzung tumultartigen Charakter an, wobei es Ordnungsrufe hagelte. Der volksnationale Abg. Schrader, der mit seiner Stimme die Entscheidung gibt, für die Rechtsregierung in Braunschweig, bedauert ausserordentlich, dass Franzen nicht so viel Takt bewiesen habe, sein Amt, solange das Verfahren nicht abgeschlossen sei, zur Verfügung zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Franzen das Wort. Er behauptete, dass gerade er es gewesen wäre, der alle Schritte zur schnellsten juristischen Klärung der Angelegenheit unternommen habe. Er verwahrte sich gegen die Erklärung seines eigenen Rechtsbeistandes, Dr. Sack-Berlin, wonach er irgend welche Anweisung gegeben habe, das am Mittwoch in Braunschweig anstehende Verfahren lediglich auf formale Dinge zu beschränken. Das sei nicht an dem. Er persönlich habe das grösste Interesse daran, dass alle tatsächlichen Feststellungen zur Klärung der Angelegenheit getroffen werden könnten. Er habe gehört, dass das Berliner Polizeipräsidium die persönliche Anwesenheit des Polizeimajors Heinrich und der anderen Polizeibeamten gestattet hätten. Dadurch sei eine Gewähr gegeben, dass alle Dinge geklärt werden könnten.

Der Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste gab eine Erklärung ab, wonach

sie nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen wollten und den Gerichten Vertrauen zu einer gerechten Entscheidung geben. Nach lebhaften Auseinandersetzungen, in denen die sozialdemokratischen Redner die wüsten persönlichen Angriffe gegen die SPD-Führung zurückwiesen, vertagte sich der Landtag.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

Die Eröffnung der Herbsttagung des französischen Parlamentes erfolgte unter dem Zeichen tiefer Misstimmung. In der Tat, weder die innen- noch die ausserpolitische Lage sind danach angetan, Optimismus zu erzeugen. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise, die unaufhaltsam steigende Teuerung, der grosse Krach an der Börse, die Hetzreden Mussolinis, die faschistischen Umtriebe in Österreich und die Hitler-Gefahr in Deutschland stellen Regierung und Parlament vor immer neue schwere Probleme. In der allgemeinen Verwirrung hat nur die französische Linke eine deutliche Marschlinie vor sich. Am Dienstag vormittag hat der sozialistische "Populaire" einen drohenden Aufruf gegen die nationalistischen Kriegshetzer veröffentlicht. Gleichzeitig hat die radikale "Republique" Daladiers eine Sondernummer über die Gefahren eines neuen Krieges ausgegeben. Die Stellung der französischen Linken in der am Dienstag eröffneten ausserpolitischen Debatte ist damit von vornherein klar gekennzeichnet.

Die Eröffnungssitzung begann sofort mit einer kleinen Demonstration. Der Einzug der Regierung vollzog sich unbemerkt ohne den üblichen Beifall. Briand, der nach langen Wochen der Krankheit zum erstenmal wieder in der Öffentlichkeit erschienen war, ist sichtlich gealtert, bleich und müde. Lebhafter Beifall auf der ganzen Linken dagegen begrüßte den neugewählten kriegsblinden Abgeordneten Thiebault, der seinen Wahlkampf mit der Parole geführt hatte: "Wer für Tardieu stimmt, stimmt für den Krieg."

Gleich die erste Abstimmung über die Frage, ob die ausserpolitische Aussprache schon in dieser Sitzung oder erst am nächsten Donnerstag beginnen solle bringt der Linken einen überraschend grossen Sieg! die gesamte Loucheur-Gruppe und etwa zwei Dutzend sonst getreuer Gefolgsmänner der Regierung stimmen mit der Linken für die sofortige Diskussion.

Der patriotische Vorsprecher, der Abg. Franklin-Bouillon, der als erster auf der Tribüne erscheinen soll, tritt einen kläglichen Rückzug an. Er habe seine Akten zu Hause gelassen, entschuldigt er sich, und könne daher in dieser Sitzung nicht sprechen. Die gleiche Erklärung gibt auch der kriegsblinde Abg. Scapini von der Marin-Gruppe ab. So erhält der radikale Abg. Francois Albert als erster Redner das Wort. Er wolle nicht so handeln wie seine beiden Vordermänner, erklärte er, die ihre patriotischen Besorgnisse auf den nächsten Donnerstag hätten vertagen lassen. Er halte die Gefahren der nationalistischen Kriegshetze als für zu gross, als dass auch er sich hinter diesen Vorwand verschanzen wollte. Mit beissendem Spott überschüttete er die Rechte, die zwar immer die Politik Briands mitgemacht, die Locarno-Verträge und den Young-Plan genehmigt und selbst die Rheinland-Räumung hingenommen habe, gleichzeitig aber ganz Frankreich mit ihren patriotischen Klagen erfüllt habe. Diese Zweispieltigkeit und Doppelzüngigkeit sei auch in der Haltung des Ministerpräsidenten Tardieu zu bemerken, der sich in seinen offiziellen Reden mit Briand solidarisch erkläre, ihn aber in der ihm treu ergebenen Presse aufs schamloseste angreifen lasse.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammerfraktion hat am Dienstag vormittag Léon Blum, der in der letzten Zeit vielfach das Opfer erbärmlicher Attacken der Rechtspresse war, die zuweilen in wahre Mordaufrufe ausarteten, ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen.

Am Dienstag nachmittag ist es in der Kammer zu einem erregten Zwischenfall gekommen, als der Chefredakteur der nationalistischen "Liberté", der Léon Blum des öfteren mit der standrechtlichen Erschiessung bedroht hatte, mit dem sozialistischen Abg. Grumbach zusammenstiess. Grumbach beschuldigte den Chefredakteur der "Liberté", das gleiche Spiel zu treiben, das in 1914 zu dem Attentat auf Jaurés geführt habe. Die Auseinandersetzung wurde so erregt und handgreiflich, dass die Diener des Hauses schlichtend eingreifen mussten.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Briand, der am Dienstag zum erstenmal seit seiner Krankheit im Ministerrat erschienen war, hat nachmittags den englischen Botschafter in Paris, Tyrell, empfangen. Ueber die Unterhaltung ist bisher nichts bekannt geworden.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für die Volkswirtschaft, Francois Poncet, tritt am Mittwoch der französische Landwirtschaftsrat zu seiner Herbsttagung zusammen, um eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen zu studieren, die vom Völkerbund anlässlich seiner letzten Wirtschaftskonferenz im März dieses Jahres an die französische Regierung verwiesen worden sind. Im Vordergrund stehen zwei Fragen: die Durchorganisierung der internationalen Handelsbeziehungen und die Kalenderreform.

Zur Frage der Verbesserung der Handelsbeziehungen fordert der Kommissionsbericht vor allem rationale Rohstoffverteilung, Regelung des Absatzproblems, Bekämpfung des Zollwirtschaftskrieges, Abschaffung des Dumpings und aller Arten von Protektionismus, sowie grosszügige und vernünftige Aufteilung der Arbeitskräfte aufgrund loyaler Einwanderungsgesetze. Parallel zu diesen Fragen soll das Studium gehen, wie die internationale Kreditwirtschaft verbessert und damit der Export gewisser Länder erleichtert werden könnte. Was die Kalender-Reform, d.h. die internationale Festlegung gewisser Feiertage, sowie die Aufteilung des Jahres in 13 Monate betrifft, so ist der Berichterstatter der Ansicht, dass die öffentliche Meinung vorläufig auf so durchgreifende Änderungen nicht vorbereitet ist. Er rät, für den Anfang die Osterfeiertage auf ein international fixes Datum zu verlegen. Danach könne man die Durchführung der 13 Monate im Jahre in Angriff nehmen.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

Der Abg. Francois Albert fährt fort: Das Ministerium Tardieu sei ohne Zweifel keineswegs von jenem "Einigungs-Koeffizienten" beseelt, den Tardieu in einer seiner letzten Reden gepredigt habe. Tardieu sei genötigt gewesen, Briand in sein Kabinett aufzunehmen, weil dessen Ansehen und Einfluss grösser sei als der seine, und weil das französische Volk seine Friedenspolitik verlange. Aber Tardieu habe es mehr gegen seinen Willen getan. Der Abg. Marin, der einst mit Briand im gleichen Kabinett gesessen habe, habe ihn neuerdings in der Presse als den "schlechtesten Aussenminister, den die französische Republik je gekannt habe" bezeichnet. Tardieu müsse unbedingt noch ein neues Ministerium gründen, das Presse-Ministerium, damit solche Unstimmigkeiten nicht in die Öffentlichkeit dringen könnten. Zum Schluss geriet Francois Albert noch in eine Auseinandersetzung mit dem reaktionären Abg. Scapini von der Marin-Gruppe, der erklärte, die Rechte sei gegen Briand, nur um die Linke zu ärgern. Francois Albert nagelte dieses merkwürdige Geständnis sofort fest: die Rechte verrate also das nationale Interesse, nur um ihre innenpolitischen Gegner zu ärgern.

Scapini wiederholte, dass Hauptsache der politischen Reaktion sei, die Bildung eines Linksministeriums zu verhindern.

Die Fortsetzung der Debatte wurde damit auf den nächsten Donnerstag ver-
tagt. Zum Schluss der Sitzung kam es noch zu einer kurzen Auseinandersetzung,
als der kommunistische Abg. Berton die Amnestie für Marty und Duclos forderte,
die seit ihrer Wahl im Gefängnis sitzen und ihr Abgeordnetenmandat noch nicht
ausüben konnten. Der elsässische Abg. Walther verlangte gleichzeitig die Amne-
stierung der einst in Kolmar verurteilten elsässischen Autonomisten.

SPD. Paris, 4. November (Eig. Drahtb.)

Wie die "Information Financères" aufgrund gewisser Börsengerüchte meldet,
habe sich Mussolini angesichts der schweren Wirtschaftskrise in Italien davon
überzeugen müssen, dass es ihm nicht mehr möglich sei, die italienische Währung
weiter auf ihrem augenblicklichen Stabilisationskurs zu halten. Er beabsichti-
ge daher, freiwillig den Kurs der Lire herabzusetzen, und zwar auf den Stand
des französischen Franken.

SPD. Port Said, 4. November (Eig. Drahtb.)

Nachrichten aus Kairo und anderen ägyptischen Städten, die infolge der Un-
terbrechung der Drahtverbindungen sehr schwer kontrollierbar sind, berichten,
dass die Auseinandersetzung zwischen Hahas und Zetky unmittelbar bevorstehe.
Der Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes soll nur noch die Frage von Stunden
sein. Es verlautet, dass die wichtigsten Plätze der Hauptstadt von wafdistischen
Parteigängern besetzt seien. Der Wafd sucht durch eine fremdenfeindliche Hal-
tung der Massen eine englische Intervention hervorzurufen. Die englische Garni-
son liegt zum Schutz der Europäer in Bereitschaft. Der Rektor der technischen
Hochschule wurde abgesetzt, weil er mit dem Wafd sympathisiert.

SPD. Kairo, 4. November (Eig. Drahtb.)

Die Schülerunruhen in Kairo dauern fort. Am Dienstag gab es neue Zusam-
menstöße zwischen Polizei und Demonstranten. Mehrere Schüler sind ihren Ver-
letzungen erlegen. Unter den Verwundeten befinden sich Beamte und englische
Offiziere. Der Sohn des Ministerpräsidenten Sedky wurde von Mitschülern in der
Handelsakademie misshandelt. Bahn- und Telephonverbindung mit Oberägypten ist
unterbrochen.

SPD. New York, 4. November (Eig. Ber.)

Die Wahlerwartungen sind nach der ausserordentlichen konfusen und durch
die Prohibitionsfrage massgebend beeinflussten Wahlkampagne aufs äusserste
gestiegen. Man rechnet allgemein mit einer grundlegenden Veränderung der poli-
tischen Machtverteilung, d.h. mit Erfolgen der Demokraten. Die Wahlen werden
nach allgemeiner Auffassung unzweifelhaft die wachsende Unpopularität Hoovers
und seines Regimes aufzeigen und damit interessante Ausblicke für die Prä-
sidentenwahlen, die 1932 stattfinden, geben.

SPD. Rio de Janeiro, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der neue, von der Militär-Junta ernannte brasilianische Staatspräsident Dr. Vargas hat am Dienstag in Gegenwart der neuen Machthaber und aller hohen Militärs und Staatsfunktionäre sein Amt angetreten. Ein von Vargas unterzeichnetes Manifest übermittelt der Bevölkerung das Regierungsprogramm, das u.a. folgende Punkte enthält: Generalamnestie, Erziehungs- und Schulreform, Nachprüfung der Regierungsakte des gestürzten Ministeriums, Reorganisierung von Armee und Flotte, Revision der Steuergesetzgebung, Eisenbahn- und Wegebauten, Generalabbau der Beamten und Ernennung eines dem Präsidenten beizugebenden Staatsrates. Aussenminister Mellon Franco ist in seinem Amt bestätigt worden; die Justiz erhält Aranha, General Castro wird Kriegsminister und Whitaker Finanzminister. Das Regierungsprogramm ist so reaktionär, wie es nur von einer Militärdiktatur erwartet werden kann. Die Arbeitslosen gehen völlig leer aus und auch die Arbeiterschaft findet kein Wort der Erwähnung. Das gesamte Programm ist lediglich auf den Vorteil der besitzenden Klasse und der gegenwärtigen Machthaber zugeschnitten.

SPD. Zürich, 4. November (Eig. Drahtb.)

Der gestrigen Etatbotschaft des Bundesrats ist heute die erwartete Vorlage über den ausserordentlichen Militärkredit in der Höhe von 16 Millionen Franken erfolgt. Diese Summe soll für die Nachschaffung von Ausrüstungsgegenständen aller Art, u.a. auch für den Gasschutz, verwendet werden. Mit diesem Betrag erreichen die eidgenössischen Militärausgaben für 1931 nicht weniger als 105 Millionen Franken, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet also mehr als 21 Franken. Die vom Bundesrat eingesetzte Ersparniskommission gibt die Notwendigkeit der Neuanschaffungen zu, für die der Bundesrat den ausserordentlichen Kredit beansprucht, bezeichnet aber andere Ersparnisse als möglich. Man darf in diesem Beschluss ein kleines Zeichen für die Misstimmung sehen, die in weiten Kreisen gegenüber der Rüstungspolitik des Bundesrats besteht, der sich über einen Parlamentsbeschluss hinwegsetzt, wonach die Militärausgaben niemals höher als 85 Millionen Franken sein sollen.

SPD. Wien, 4. November (Eig. Drahtb.)

Das gesamte Ergebnis der grossen Aktion, die die Regierung unternommen hatte, um einerseits die Sozialdemokraten und ihre Aktion auf innere Abrüstung vor der Öffentlichkeit herabzusetzen und andererseits die Arbeiter zu Unbesonnenheiten zu provozieren, besteht selbst nach christlich-sozialer Darstellung in 4 000 Gewehren und 20 Maschinengewehren in ganz Österreich. In Wirklichkeit sind aber nur 3 000 Gewehre in ganz Oesterreich beschlagnahmt worden, von denen 2900 in Wiener Neustadt von der Burgenlandkrise her und in Steier von beschlagnahmten Heimwehrwaffen her in paritätischer Verwaltung gewesen waren und der Regierung schon längst bekannt waren, sowie 4 Maschinengewehre, ein für den Riesenapparat geradezu lächerliches Ergebnis, umsomehr, da die in Tirol beschlagnahmten Waffen dem von der Regierung anerkannten Brauch der Tiroler Waffenfreiheit nicht zuwiderlaufen. Die Leitung des Republikanischen Schutzbundes hat übrigens noch heute vormittag den Behörden sehr genaue Angaben über Waffenlager der Heimwehr gemacht. Die Sicherheitsbehörden haben sich aber geweigert, diese Anzeigen in Empfang zu nehmen. Im Wiener Landtag wurde u.a. von den Sozialdemokraten auch eine Anfrage eingebracht, in der darauf verwiesen wird, dass am Sonnabend und am Montag früh von Wien eine grosse Menge von Waffen und Ausrüstungsgegenständen auf der Donau für den Bundesführer der Heimwehr und Minister Starhemberg nach Linz gebracht wurde.

Amtlich wird mitgeteilt, dass der Innenminister, Fürst Stahemberg, die Ausweisung des Majors Pabst aufgehoben habe, zumal die gegen Pabst erstattete Strafanzeige vom Staatsanwalt zurückgelegt worden sei.

SPD. New York, 4. November (Eig. Drahtb.)

Das Mitglied einer Alkohol-Schmuggelbande, Josef Caruso (Pacelli), wurde in Newark (New Jersey) von Konkurrenten niedergeschlagen und so schwer verletzt, dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste. Drei seiner Verfolger drangen später in das Spital und erschossen den im Bett liegenden Caruso, darauf verschwanden sie unerkannt. In Chicago liess das Haupt der Schmuggler und Verbrecherbanden, der berühmte Al Capone, dem obersten Richter ein offizielles friedliches Angebot überreichen. Al Capone will sich unter folgenden Bedingungen aus der Stadt zurückziehen und den Kampf gegen die Konkurrenten und gegen die Polizei aufgeben: 1. ungehinderten Alkohol- und Likör-Schmuggel, 2. Niederschlagung aller Strafverfahren gegen Al Capone und seine Unterführer. Das Angebot Al Capones, das von der Macht und Grösse der Schmuggler- und Verbrecherbanden zeugt, ist unbeantwortet geblieben.

SPD. Washington, 4. November (Eig. Drahtb.)

Das Staatsdepartement gibt den Abschluss eines amerikanisch-norwegischen Staatsvertrages bekannt, der die Abschaffung der amerikanischen Dienstpflicht für Bürger doppelter Staatszugehörigkeit vorsieht.

SPD. Königsberg, 4. Nov. (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen die "Schwarze Fahne" wurden verurteilt: von Platen, von Weiss und Thymian zu je 3 Monaten Gefängnis, Doepner zu 5 Monaten Gefängnis, die Landwirte Buchholz und Paltinat wegen schweren Aufruhrs zu je 6 Monaten Gefängnis. Den Angeklagten Buchholz und Paltinat wird die erlittene Untersuchungshaft in voller Höhe auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt, den Verurteilten, im übrigen der Staatskasse zur Last.

Das Gericht hat im Hinblick auf die bisherige Unbescholtenheit sämtlichen Angeklagten eine Strafaussetzung auf die Dauer von drei Jahren zugestimmt unter der Bedingung, dass sie an die Gerichtskasse als Busse zahlen: Doepner 100 Mark, von Platen 300 Mark, von Weiss 100 Mark, Thymian 100 Mark, Buchholz und Paltinat je 150 Mark.

SPD. London, 4. November (Eig. Drahtb.)

Bei der Fortsetzung der Debatte über den konservativen Misstrauensantrag ergriff am Dienstag nachmittag Lloyd George das Wort. Am Morgen hatte er bereits in den Tageszeitungen sein neues grosses Programm zur Arbeitsbeschaffung und zur Reorganisation der Wirtschaft veröffentlicht. Die Rede des liberalen Führers war hauptsächlich eine Begründung seiner Vorschläge. Sie bewegte sich im Rahmen des vorjährigen liberalen Wahlprogramms mit der einzigen Änderung, dass Lloyd George jetzt nicht mehr erklärt, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu wollen. Er will das Problem nur noch "anpacken". Um das zu tun, verlangt er zunächst eine Anleihe von 250 Millionen Pfund Sterling, mit denen er im ersten Jahr 700 000 Menschen Arbeit beschaffen will, durch Wege- und Häuserbauten, Elektrifizierung, Ausdehnung des Telephonnetzes und landwirtschaftliche Siedlungen. Diese sollen 100 000 neuen Bauernfamilien Grund, Boden und Haus geben.

Die Sonderkosten für die Ausführung dieser Agrarpläne berechnet Lloyd George mit 100 Millionen Pfund Sterling. Dadurch werde aber die Möglichkeit einer grundlegenden Erneuerung der englischen Kleinagrarwirtschaft und eine erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gegeben. Als Voraussetzung für die Reorganisation der Industrie fordert das liberale Programm eine Steuerermässigung von mindestens zehn Prozent und staatliche Finanzhilfe zur Rationalisierung der Betriebe, ferner engere Zusammenarbeit zwischen Banken und Industrie unter Führung des Handelsministeriums. Das sind die Grundgedanken der Vorschläge Lloyd Georges, die der liberale Führer der Arbeiterregierung unterbreitet und mit ihr beraten will. Darauf hielt Lloyd George eine scharfe und gründliche Abrechnung mit den Konservativen, denen er die Hand zum Sturz der Arbeiterregierung nicht reichen wolle. Die Liberalen würden nicht für den konservativen Misstrauensantrag stimmen und neutral bleiben; sie wollten der Regierung jede Möglichkeit zu einer konstruktiven Politik gewähren.

Unter allgemeiner Spannung nahm darauf der Minister für das Transportwesen, Herbert Morrison das Wort. Er anerkannte das Bemühen der Liberalen um die Lösung der Wirtschaftskrise, während die Konservativen nichts anderes zu sagen wüssten, als hohle Phrasen. Das liberale Programm ähnele jedoch in vielen Punkten dem von der Regierung bereits begonnenen und den in Angriff genommenen Massnahmen, und deshalb müsse die von Lloyd George an der Regierung geübte Kritik als nicht stichhaltig zurückgewiesen werden. Wir haben nichts zu entschuldigen, rief Morrison unter stürmischem Beifall der Arbeiterpartei. In den ersten 12 Monaten unserer Regierung hatten wir 50 Millionen Pfund Sterling für Notstandsarbeiten ausgegeben, und bis Ende dieses Jahres werden wir insgesamt 220 bis 250 000 Erwerbslosen neue Arbeitsgelegenheit gegeben haben. In den 4½ Jahren konservativer Herrschaft hat jedoch die frühere Regierung insgesamt nur 25 Millionen Pfund für Notstandsarbeiten ausgegeben. Morrison beruft sich zum Schluss auf die Ausführungen seines Kollegen Graham am Montag, der mit Recht den Kapitalismus als den alleinigen Urheber dieser furchtbaren Wirtschaftskrise bezeichnet hat, und auch er wiederholte, „dass nur der Sozialismus den einzigen und wahren Ausweg aus der Wirtschaftskrise bringen könne.“

SPD. Der Führer der Berliner Nationalsozialisten Goebbels hatte die gesamte Berliner SA., die Sturmabteilung, zu einer vertraulichen Besprechung am Montag Abend eingeladen. An dieser Besprechung nahmen etwa 2500 SA-Leute teil. Die Besprechung vollzog sich so, dass die SA-Mitglieder Fragen schriftlich einreichten, auf die Goebbels dann antwortete. Auf eine Frage über die zukünftige Betätigung der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion antwortete Goebbels, viele Parteigenossen dächten, dass es jetzt jeden Tag eine solenne Prügelei im Reichstag geben würde. Das sei selbstverständlich nicht möglich. Wenn aber der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Landsberg die "Feme-Richter" noch einmal als Mörder bezeichne, würde Oberleutnant Heines ihn "von der Bühne runterholen", und die Nationalsozialistische Fraktion würde "die Roten aus dem Reichstag hauen", dass sie "das Wiederkommen vergässen". So etwas werde dem Volk imponieren....

Wenn die Nationalsozialisten in die Regierung gingen, dann würden sie die Reichswehr-, Polizei- und Kultusministerien besetzen. Die "Leute" dafür seien schon da. Wenn er, Goebbels, Innenminister werde, würde er sich immer als Parteifunktionär fühlen. Wenn er z.B. in einer Zeitung angegriffen würde, dann müsste die S.A. zu der betreffenden Zeitung hingehen und den Redakteuren je einen Liter Rhizinusöl zu trinken geben. Seine Aufgabe als Minister würde es dann sein, dafür zu sorgen, dass die Polizei erst eine halbe Stunde später käme, wenn alles vorbei wäre. Der Terror der Kommunisten könne erst gebrochen werden, wenn sechs von diesen Leuten um die Ecke gebracht würden.

Jeder, der ausländische Autos fahre, solle verhaften und der Wagen zerstört werden.
Also Faschismus nach italienischem Muster in Deutschland - das ist das Ziel der Hakenkreuzler!

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Inquisition.

SPD. Der bolschewistische Terror ist auf das höchste gestiegen. Er will nicht nur beeinflussen, was die Leute sagen, sondern auch das, was sie nicht sagen.

Die sogenannte Rechtsopposition in Russland, geführt von Bucharin und Rykow, wurde seinerzeit gemassregelt, bekämpft, unterdrückt, weil sie geredet hat. Ihre kritischen Äusserungen zum Fünfjahresplan, ja, ihre Gedanken dazu wurden zum Gegenstand eines hochnotpeinlichen Verfahrens. Seitdem haben sie vorsichtig geschwiegen. Der Zusammenbruch des Fünfjahresplans, das völlige Fiasko der Lebensmittelversorgung in Sowjetrussland hat ihnen keinerlei kritischer Äusserungen entlocken können. Sie sind zu politischen Zuschauern geworden. Sie mischen sich nicht ein, sie lassen alles gehen.

Aber das wird ihnen nun wieder als Verbrechen angerechnet. Die Getreuen Stalins argwöhnen: sie lassen alles gehen, weil sie alles für miserabel halten. Sie schweigen, weil sie damit rechnen, dass die Entwicklung ihnen recht geben werde.

Die Folge ist, dass ihnen nun ein neuer Prozess gemacht wird. Stalin lässt durch seine Getreuen Bucharin und Rykow vor der russischen kommunistischen Partei ansagen: wegen Schweigsamkeit!

Als sie geredet haben, waren sie ihm gefährlich. Nachdem sie schweigen, scheinen sie ihm noch gefährlicher. Er argwöhnt, dass sie nicht nur schweigen, sondern auch denken, und er hält es mit Cäsar:

Der Cassius dort hat einen hohlen Blick

Er denkt zuviel, die Leute sind gefährlich.

Er will, dass sie ihr staatsgefährliches Denken einstellen, er will noch mehr. Er verlangt von ihnen, dass sie so denken wie er und vor allen Dingen, dass sie zum Volke laut reden, als ob sie denken würden wie Stalin. Bucharin und Rykow sollen durch Androhung terroristischer Massnahmen gezwungen werden, ihre Stimme für das Stalinsche Regime zu erheben.

Eine derartige geistige Bedrückung ist dem deutschen Arbeiter völlig unfassbar, so unfassbar, dass es nicht ganz leicht ist, das Wesen der sowjet-russischen Inquisition zu erfassen. Erst der Gedanke, dass es das Streben der Kommunisten ist, in Deutschland eine gleiche Geistesknechtschaft einzuführen, ist geeignet, die Abwehr zu wecken. Es handelt sich nicht nur darum, dass in Sowjetrussland die Menschen zu zweibeinigen Tieren gemacht werden sollen, sondern dass auch bei uns ihre Freiheit und ihre Würde nach dem Willen der Kommunisten in den Staub getreten werden sollen!

Auf der Fahrt ins Arbeiterparadies.

In regelmässigen Abständen schicken die Kommunisten Arbeiterdelegationen nach Sowjetrussland. Sie werden drüben unter strenger Bewachung umhergeführt und dürfen dann bei ihrer Rückkehr nach Deutschland erzählen, wie herrlich die Zustände in Sowjetrussland sind und wie paradiesisch das Leben der russischen Arbeiter.

In diesen Tagen ist wieder eine deutsche Arbeiterdelegation nach Russland in Bewegung gesetzt worden. Die Teilnehmer scheinen indes eine sonderbare Voreingenommenheit gegen das Arbeiterparadies zu besitzen. Sie führten in ihrem Gepäck in grösseren Mengen folgendes mit: Kakao, Schokolade, Puddingpulver, Halberstädter Würstchen, Schinken, Palmin, Zucker, Dosenmilch, Sunlichtseife,

seidene Damenstrümpfe, seidene Damenwäsche, Herrenmäntel, Lederwesten, Leder-
gamaschen, Lackschuhe, Koffergramophone, Gramophonplatten, Schreibhefte.

Seltsam, die Teilnehmer haben sich eingerichtet, als ob sie für zwei Jahre
nach dem Nordpol oder in die Wüste Gobi gehen sollten. Warum alle die-
se schönen Dinge von Deutschland nach Russland schleppen? Die muss es im Ar-
beiterparadies in Hülle und in Fülle geben!

Die Teilnehmer scheinen das Gefühl zu haben, dass sie in ein vollkommen
ausgehungertes und ausgepowertes Land kommen, und sie haben vorgesorgt, damit
ihre gewohnte Lebenshaltung, die sie in der westeuropäischen Arbeiterhölle füh-
ren, im Arbeiterparadies nicht ins Wanken gerät.

Die richtige Methode.

Die Kommunisten versuchen, in allen Ländern in Gemeindeparlamenten Propa-
ganda mit den blödsinnigsten Agitationsanträgen zu machen. In der Bezirksver-
sammlung von Berlin-Tempelhof stellten sie jüngst einen Agitationsantrag nach
dem anderen, einen immer dümmer als den anderen, so ungefähr in dem Stile:
Berlin-Tempelhof beschliesst, den Vertrag von Versailles sofort aufzuheben. Die
sozialdemokratischen Vertreter haben diesem Dauerblödsinn ein Ende gemacht. Sie
beantragten: Die Tempelhofer Bezirksversammlung beschliesst, den Sowjetdikta-
tor Stalin zum Rücktritt aufzufordern.

In dröhnendem Gelächter ging danach jeder weitere kommunistische Versuch
zugrunde. Das ist die richtige Methode!

Paulchen I.

Herr Josef Goebbels ist ein sehr eitler Mann. Es ärgert ihn, dass man
sein Profil für nicht rein nordisch hält, es ärgert ihn, dass er das Gegenteil
einer Siedfriedsgestalt ist, es ärgert ihn die Form seiner Nase, die Farbe sei-
nes Haares, und vor allem ärgert ihn, dass er Josef heisst. Josef! Man weiss,
so hiess der Mann aus Ägypterland. Der war zwar keusch, aber nichts weniger als
nordisch. Auf das erstere legt Herr Goebbels keinen besonderen Wert, dafür um
so mehr auf das zweite. Aber Josef, ausgerechnet Josef, das ist bitter!

Herr Goebbels versucht deshalb, still und leise von diesem anrühigen Vor-
namen herunterzukommen. Nichts einfacher in einer Zeit, in der man zwei Vorna-
men für letzten Chic hält. Man nennt sich anstatt Josef Paul Josef Goebbels.
Dann schreibt man nach amerikanischem Vorbild den zweiten Namen nicht mehr aus,
sondern gibt ihn nur noch mit dem Anfangsbuchstaben wieder. Und wenn das gerade
noch ein J ist, kann man an seine Stelle ein grosses lateinisches I. mit dem
Punkt dahinter setzen.

So sieht man denn zu allgemeiner Überraschung unter neueren Bildern von
Herrn Goebbels die Unterschrift Dr. Paul I. Goebbels. Dieses J. ist unbezahl-
bar. Wer denkt da noch an Josef, den Mann aus Ägypterland! Paul I. kann heis-
sen: Paulus Imperator, es kann aber auch heissen: Paulchen der Erste. Heil sei-
ner künftigen Majestät Pul I. !

Das Bild des Kaisers!

Herr Goebbels veröffentlicht in seinem Blatt den Brief eines Nationalsozia-
listen, der folgendermassen anfängt: "Am Sonnabend wurde mir von Kameraden
Ihr Bildnis mit Ihrer wertigen Widmung überbracht." Bilder mit Widmungen ver-
schenken bekanntlich nicht nur Filmgrössen und Schauspielerinnen. Wilhelm II.
war besonders gross darin. Hitler hat es S.M. längst nachgemacht, und was Hit-
ler kann, kann Goebbels schon lange!

Heil widerfährt den wackeren SA.-Männern. S.M. Goebbels schenkt ihnen sein
Bild mit eigenhändigem Namenszug!

Aus aller Welt

Jorns=Prozess - diesmal ohne den grossen Ankläger.

Hat Jorns Mörder begünstigt oder nicht? Das Reichsgericht wolle ihn rein waschen und das Landgericht III in Berlin untersucht abermals die geheimnisvollen Vorgänge beim Tode Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Bornstein verzichtet auf Verteidigung.

SPD. In Berlin=Moabit begann am Dienstag der Prozess gegen den Redakteur Bornstein vom "Montag Morgen", der beschuldigt wird, den berüchtigten Reichsanwalt Jorns beleidigt zu haben. Der Prozess wird zum dritten Mal verhandelt. Bekanntlich wurden in den ersten Terminen Feststellungen gemacht, die den Reichsanwalt Jorns auf das schwerste kompromittierten. So wurde durch Urteil festgestellt, dass Jorns im Mordfall Liebknecht=Luxemburg seine Pflicht als Untersuchungsrichter nicht erfüllt und den angeklagten Mördern in vielfacher Beziehung Vorschub geleistet habe. Die erste Verhandlung endete mit Bornsteins völligem Freispruch; die zweite Verhandlung schloss mit einer geringen Formalstrafe, deren Begründung jedoch gleichfalls die schweren Verfehlungen des Herrn Jorns unterstrich. Während des zweiten Prozesses starb bekanntlich der grosse Ankläger des Reichsanwalts Jorns, der Rechtsanwalt Paul Levi, der sich im Fieberwahn aus seiner Wohnung auf die Strasse stürzte.

Den jetzigen Termin leitet Landgerichtsdirektor Ohnesorge, die Sache wird wohl bis Januar 1931 verhandelt werden, da die in Moabit bekannte und fast gefürchtete Gründlichkeit des Herrn Ohnesorge selbst die fünf Wochen der letzten Verhandlung sicherlich erheblich überschreiten wird. Bei Aufruf der Parteien stellt sich heraus, dass der Angeklagte Bornstein nicht erschienen ist. Unter grosser Bewegung der Anwesenden verliest der Vorsitzende das folgende Schreiben Bornsteins: "Dem hohen Gericht teile ich ergebenst mit, dass ich in dem heute beginnenden Prozess mein Recht auf Verteidigung nicht auszuüben gedenke und deshalb zur Verhandlung nicht erscheinen werde. In jeder Zeile seiner Entscheidung hat der zweite Strafsenat des Reichsgerichts seinen Willen erkennen lassen, dass Reichsanwalt Jorns rehabilitiert und nicht bestraft werden müsse. Ich bezweifle nicht, dass die Strafkammer, entgegen den offenkundigen Wünschen des Reichsgerichts, ebenso wie die beiden Berliner Gerichte, die in dieser Sache bis jetzt zu entscheiden hatten, zu der Ueberzeugung gelangen werden, dass der Wahrheitsbeweis zu Ungunsten des Herrn Reichsanwalts erbracht ist. Aber ich muss befürchten, dass der zweite Strafsenat des Reichsgerichts auch ein drittes Urteil dieser Art wieder aufheben und noch einen vierten oder fünften Jornsprozess erzwingen wird."

Das Gericht beschliesst, ohne den Angeklagten zu verhandeln, trotzdem Oberstaatsanwalt Köhler die Möglichkeit einer einwandfreien Durchführung der Verhandlung unter diesen Umständen bezweifelt. Nun beginnt eine stundenlange Verlesung der Akten und der Urteile erster und zweiter Instanz. Eine Massenflucht setzt ein. Der grosse Verhandlungssaal ist unheimlich verödet. Auf den Zuschauerbänken sitzen zwei Mann. Auch die Richter schauen gelangweilt drein, die monotone Stimme des vorlesenden Hilfsrichters versinkt im Raum. Nervös und aufgeregt ist allein Herr Jorns, der unablässig in seinen Papieren blättert...

Vom Wunder des weissen Käse.

Die "Evangelisch=Johannischen" erstürmen Berlin=Moabit - Der Prozess gegen den göttlichen Meister Joseph Weissenberg - Vom Kutscherbock auf die Kirchenkanzeln - Jesus und die arme Kirchenmaus.

SPD. In Berlin=Moabit fand am Dienstag so etwas wie ein Sondergottesdienst der evangelisch=johannischen Kirche und ihres Oberhauptes Joseph Weissenberg statt. Auch nach aussen hin stand die Sache unter dem nüchternen Signum einer Anklage auf fahrlässige Tötung und Körperverletzung. Herr Weissenberg, der seltsame Heilige mit den allerhöchsten Offenbarungen, die er wöchentlich drei Mal beim "Gottesdienst" und in seinem obskuren Vereinsblättchen "Der Weisse Berg" von sich gibt, wird beschuldigt, durch seine merkwürdigen Heilmethoden und seinem seltsamen magnetopathisch=hypnotischen Unfug den Tod eines seiner unseligen Jünger, des Drogisten Rudolf Wernicke, auf dem Gewissen zu haben. Ferner wirft die Anklage Weissenberg vor, dass er durch seine Heilmethode mit gesalzenem weissen Käse das 16 Monate alte Kind Hildegard der Landarbeiterfamilie Hensicke aus Finow bei Berlin um sein Augenlicht gebracht hat.

Eine Viertelstunde angewandte Pathologie!

Noch nie sah es in den Moabiter Gängen so pittoresk und so unfeierlich aus wie an diesem Tag. Die Mitglieder der evangelisch=johannitischen Sekte waren in hysterischer Stimmung erschienen und bereiteten ihrem Weisskäse=Meister einen stürmischen und enthusiastischen Empfang. Man sah Typen, die direkt aus einem Panoptikum menschlichen Irrwahns ins Freie geholt schienen. Da lief zum Beispiel, hochgradig erregt, ein Naturapostel mit wallendem Bart und fiebrig glänzenden Augen von Tür zu Tür und rief mit sehr überschlagender Stimme, dass Joseph Weissenberg Gott den Herrn und seine Heerscharen belogen und betrogen habe. Wer war der Bartgewaltige? Ganz einfach, ein Konkurrent, der früher zur Weissenberg=Sekte gehört hatte, dann aber, in Ungnade gefallen, zur Gründung einer eigenen Firma geschritten war. Nun hat er eine Sekte mit dem schönen Titel "Gemeinde der ungebeugten Gottsucher" gegründet und bekämpft den göttlichen Meister Joseph und seine überirdischen Käseerzette mit der feurigen Glut seines wohl restlos pathologischen Temperaments.

Vor der Verhandlung spielten sich vor dem Saal geradezu unbeschreibliche Szenen ab. Die wildgewordenen weiblichen Gemeindemitglieder Weissenbergs und die wehrhaften Greise seines treudeutschen Kriegervereins gingen unter Ausstossen mehr oder weniger artikulierter Laute daran, den Verhandlungssaal zu stürmen. Zehn Wachtmeister waren etwa eine Viertelstunde lang emsig bemüht, die rasenden irdischen Heerhaufen des Göttlichen zur Raison zu bringen.

Kilometerlang durch die Bibel.

Auf der Anklagebank sitzt der jetzt 75jährige Weissenberg, ein kleiner korpulenter Mann mit einem merkwürdig starren Gesicht; die müden Augen sind klein und meistens listig zusammen gekniffen; nur manchmal, in Momenten der Ueberraschung und Erregung, knipst er sie weit auf. Das Gesicht ist eigentlich langweilig, uninteressant, subaltern und von einer Primitivität, die es fast unfassbar macht, wie immerhin erwachsene Menschen diesen ungelenkten Scharlatan durch Dick und Dünn "durch ungeheure Käsequantitäten, durch kilometerlange Bibelzitate folgen können. Das Merkwürdigste aber an diesem "Meister" ist der Bart, ein raffiniertes, kunstvoll gekräuselt Gebilde, das nach Art einer Walrossmähne melancholisch nach unten hängt.

Herr Weissenberg spricht sehr lange, mit zitteriger manchmal winselnder Stimme, mal seufzt er, mal weint er, donnert aber auch plötzlich los, - es ist eine groteske Mischung von Wahnsinn, kitschiger Arroganz und sieghafter Unwissenheit. Die Leute im Saal können sich minutenlang das Lachen nicht mehr verkneifen.

Vom Kutscher zum Propheten.

Weissenberg, der übrigens alles andere als ein guter Redner und in der Grammatik durchaus nicht sattelfest ist, erzählt von seiner Entwicklung. Er gibt an, wie er schon als Kind göttliche Kräfte in sich gefühlt habe. Als im Jahre 1866 seine Eltern an der Cholera gestorben waren, kam der 17-jährige Joseph Weissenberg als Gehilfe zu einem Schäfer. Nachdem er bei ihm die Medizin, wie er sie auffasste, gelernt hatte, bildete er sich noch für einen anderen Beruf aus: er wurde Maurer, später Droschkenkutscher, Kellner und Gastwirt, bis ihm, wie er erzählt, eines Nachts Jesus Christus persönlich erschienen sei und ihn mit Donnerstimme angefahren habe: "Mein Sohn Joseph, es ist genug. Lege Dein Irdisches nieder und komme rüber ins Geistige". Vorsitzender: "Wir haben Sie sich denn auf diese geistige Tätigkeit vorbereitet?" - Weissenberg: "Das kann man nicht so sagen. Für mich genügt der innere Trieb völlig. Bei mir wird alles an Leib und Seele gesund. Mir gab der Himmel die Macht und seine Heerschaaren gaben mir die Gewalt und Gottes Sohn gab mir die Kraft, auf dass ich aufstände und allen mit Posaunenstößen ins Ohr schmetterte: "Arm wie eine Kirchenmaus, pack ich meine Weisheit aus!" (Stürmische Heiterkeit im ganzen Saal). Ich bin ja auch schliesslich das Oberhaupt meiner gesamten Kirche." - Vorsitzender: "Und wer steht Ihnen hier in Berlin zur Seite?" - Weissenberg: "Das sind die Kirchenräte, die predigen, taufen und beerdigen. Die Reisespesen werden ihnen von mir ersetzt".

"Leibadjutant" Kursowski.

Weissenberg verbreitet sich dann ausführlich über die ihm zur Last gelegten Fälle und betont, dass er viele Menschen durch weissen Käse und etwas Salz wieder sehend gemacht habe. Was den Fall Wernicke anbetreffe, so habe der Mann Zucker gehabt und der "weisse Käse" habe ihm nicht geschadet, sondern sei von "freundlicher Wirkung" gewesen. Vors.: "Und wie war es mit dem Kind Hildegard?" "Ich habe weder das Kind gesehen noch die Frau Hensicke. Als sie mir schrieb, dem Kind ginge es so schlecht, habe ich ihr geschrieben, sie möchte zwei Esslöffel weissen Käse mit einem Teelöffel Salz gut durchrühren und auf die Augen legen".

Die Vernehmung der Aerzte ergab, dass sowohl das Leben des Mannes als auch das Augenlicht des Kindes noch zu retten gewesen wären, wenn nicht der gemeingefährliche Kurpfuscher Weissenberg seine Hände im Spiele gehabt hätte. Ungeheimlich wird es wieder, als ein dicker Herr als Zeuge erscheint, der Kursowski heisst und sich als Redakteur des "Weissen Berg" und Leibadjutant des göttlichen Meisters entpuppt. Dieser bedauernswerte Herr redet einen solchen Unsinn zusammen, dass sämtlichen Anwesenden vor Rührung und Heiterkeit Tränen in den Augen stehen. Herr Kursowski hat Weissenberg in der "Christlichen Vereinigung, der ernstesten Forscher von Diesseits und Jenseits" kennen gelernt. Damals ging es dem jetzigen Redakteur sehr schlecht, worauf ihm Joseph Weissenberg sagte: "Herr, halten Sie sich an das Gebet und wenn das nicht hilft, von Zeit zu Zeit etwas weissen Käse!" Das habe ihn denn auch gänzlich geheilt. Als Kursowski nach seiner Ausbildung gefragt wird, antwortet er sehr mysteriös und ausweichen "Das steht alles in Gottes Wille. Wir waren eben nur Werkzeuge des Meisters." "Wer denn, wir?" - "Lina und Minna Müller, sowie Frau Paluschke."

Das waren drei Damen, die mit Kursowski Heilungen "nach Weissenbergischem Muster" ausführten.

Am späteren Nachmittag wird noch eine grössere Anzahl Zeugen vernommen, die alle das erschütternde Bild abrunden: ein offenbar geistig Kranker hat hier von den Seelen psychisch Zusammengebrochener so völlig Besitz ergriffen, dass sie seine willenlosen Sklaven geworden sind. Auch heute noch, wo er sie und ihre Familien ins Unglück gestürzt hat. - -

K.K.B.

+ + +

Urteil im Phosgen-Prozess. Nach insgesamt 2½jähriger Dauer beendete die achte Zivilkammer des Hamburger Landgerichts den sogenannten grosse Phosgen-Prozess, in dem geklärt werden sollte, ob der Hamburger Staat für die bei der Giftgaskatastrophe am 20. Mai 1928 an Gesundheit und Erwerbsfähigkeit geschädigten Kläger verantwortlich zu machen sei. Die Zivilkammer VIII des Landgerichts Hamburg bejahte diese Frage in sämtlichen 22 direkten und 19 indirekten Fällen, und der Staat wurde entsprechend zu Schadenersatzzahlung verurteilt. Durch das Urteil kommt zum Ausdruck, dass der Hamburgische Staat seine Aufsichtspflicht verletzt hat.

+ + +
Um Hilde Frenzels Kaffee und Kuchen. Die Dienstagsitzung im Potsdamer Frenzel-Prozess war im wesentlichen durch die Gegenüberstellung von Hilde Frenzel mit dem Potsdamer ersten Staatsanwalt Fuhrmann ausgefüllt. Im ersten Frenzel-Prozess hatte sich Hilde Frenzel über die subjektive Vernehmungsmethode des Staatsanwalts beschwert. Teils habe sie der erste Staatsanwalt bei der Protokollierung angeschrien, teils auch wiederum durch Kaffee- und Kuchenangebote umschmeichelt. Staatsanwalt Dr. Fuhrmann behauptet vor Gericht, sich korrekt verhalten zu haben. Hilde habe ihm gesagt: "Der Vater hat nichts Strafbares begangen, aber er hat uns Mädchen in die Oberschenkel gekniffen und das hielt ich als Staatsanwalt für strafbar. Ich fragte daher Hilde noch weiter aus." Verteidiger Rechtsanwalt Blumenhain: "Hilde hatte doch gegen die Fassung der Protokolle verschiedentlich Protest erhoben". Darauf verwahrt sich Staatsanwalt Fuhrmann ganz entschieden dagegen, dass er falsch protokolliert habe. Hilde selbst stellte in der Dienstagsitzung die Vernehmung durch Dr. Fuhrmann mit folgenden Worten dar: "Sie haben doch zu mir gesagt, Herr Staatsanwalt: "Wollen Sie nicht eine kleine Erfrischung, ein bisschen Kaffee und Kuchen zu sich nehmen!" Sie sagten doch auch: "Sie sitzen immer so verstockt da; da weiss man ja gleich, was mit Ihnen los ist. Sie sagen ja die Unwahrheit. Sagen Sie doch alles von Ihrem Vater, was er Ihnen Schlechtes getan hat!" Staatsanwalt Fuhrmann meint jedenfalls, dass er nur die Anregung habe geben wollen, dass Hilde Frenzel, die sehr erschöpft gewesen sein soll, in einer Konditorei eine kleine Erfrischung zu sich nehme. Das Gericht hält die weitere Aufklärung der Angelegenheit für unerheblich und vertagt sich auf Donnerstag.

+ + +
Wilhelm stiftet 20 Mark für Alsdorf. Wie bekannt und von der Generalverwaltung des exkaiserlichen Hauses in Berlin bestätigt wird, wurden aus Doorn 20 Mark nach Alsdorf übersandt und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, dass für das Geld ein Kranz gekauft werden solle, der am Grabe eines dortigen Patenkindes des Exkaisers niedergelegt werden solle. An den Bürgermeister von Alsdorf selbst hat Wilhelm, der zumindest dreihundertfache Millionär, ein Beileidsschreiben geschickt. Wie wir hören, soll der Kranz nur 18 Mark gekostet haben. Gerüchten zufolge soll nunmehr von Doorn aus ein Schreiben nach Alsdorf unterwegs sein, in dem in grosszügiger Weise verfügt wird, dass die restlichen 2 Mark an den Hilfsfonds der Opfer von Alsdorf zu überweisen sind.

+ + +
Raubüberfall in Dresden. Am Montag abend kurz vor acht Uhr drangen drei junge Burschen, deren Gesichter durch Masken ver mummt waren, in das in der Hohe-Strasse gelegene Büro der "AG. für Grundbesitz und Landwirtschaft" ein, wo Dr. Thiess, der Vertreter der Gesellschaft, mit einem Buchhalter anwesend war. Dr. Thiess und der Buchhalter wurden von zweien der Eindringlinge mit Schusswaffen bedroht, der dritte plünderte inzwischen das Büro. Den Räubern fielen mehr als 5 000 Mark in die Hände. Sie verschlossen das Zimmer von aussen und entkamen in einem bereitstehenden Auto.



Arbeitgebervereinigung und Arbeitszeitverkürzung.

Taktische Auftrumpferei.

SPD. Die Beschlüsse des Vorstandes der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Arbeitslosenfrage berühren etwas sehr eigenartig. Die Vereinigung nimmt grundsätzlich in der für die Entlastung des Arbeitsmarkts besonders bedeutsamen Frage der Arbeitszeitverkürzung eine völlig ablehnende Haltung ein. Sie erklärt, eine schematische oder generelle Verkürzung der Arbeitszeit müsse die Arbeitslosigkeit nur vergrössern. Statt Arbeitszeitverkürzung sei Selbstkostensenkung durch Senkung des Lohnes, unter Umständen auch in der Form von Arbeitszeitverlängerung unter Aufrechterhaltung des bisherigen Gesamtlohnes zu fordern. Die Vereinigung dreht also einfach den Spiess um und antwortet auf die Arbeitszeitverkürzungspareole der Gewerkschaften mit der Forderung nach Arbeitszeitverlängerung.

Das Ganze ist nichts anderes als üble Auftrumpferei, denn die Vereinigung weiss nur zu gut, dass in diesem Augenblick die Forderung nach Arbeitszeitverlängerung geradezu lächerlich anmutet. Der Ruf nach Arbeitszeitverkürzung hat in den breitesten Volksschichten stärksten Widerhall gefunden. Seit Wochen wird das Problem der Arbeitszeitverkürzung auch in der führenden bürgerlichen Presse sehr ernsthaft besprochen, und dabei zeigte sich von Tag zu Tag deutlicher, dass die Arbeitszeitverkürzung nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Aber da der Vereinigung allem Anschein nach beim besten Willen kein halbwegs vernünftiges Gegenargument einfällt stellt sie sich einfach taub und dumm und erklärt kurz und bündig, das Gegenteil von Arbeitszeitverkürzung sei richtig.

Zu dem Ernst der Situation passt diese Haltung der Arbeitgebervereinigung sehr schlecht. Die Arbeitszeitverkürzung ist heute bereits eine Lebensfrage aller modernen Industriewirtschaften. Der stürmische technische Fortschritt, die gewaltig gesteigerte Leistung der Maschinen hat Millionen arbeitslos gemacht. Das Problem unserer Tage ist wie die Existenz der breiten Massen mit dem Fortschritt der Technik in einträgliches Verhältnis gebracht werden kann. Das kann nur geschehen auf der einen Seite durch Hebung der Kaufkraft, damit die Produktion auch Absatz findet, und auf der andern Seite durch Verkürzung der Arbeitszeit; denn nur ein Narr kann glauben, dass man auf Jahre hinaus ein Viertel eines Industrievolkes dem Arbeitslosenschicksal überantworten kann. Die Menschen schreien nach Arbeit und wollen aus der furchtbaren Lage des Arbeitslosenelds, das Körper und Geist vernichtet, heraus. In dieser Situation weiss nun das organisierte Arbeitgebertum nichts Besseres, als den von den Gewerkschaften nach sehr reiflicher Ueberlegung gemachten Vorschlag auf Verkürzung der Arbeitszeit bis zu 40 Stunden in der Woche rundweg abzulehnen.

Die Arbeitgebervereinigung mag die Arbeitszeitverkürzung ablehnen. Die Oeffentlichkeit wird sich dadurch nicht irre machen lassen, sondern in sachlicher Prüfung der Probleme Schritt für Schritt aus der Arbeitszeitverkürzungspareole eine praktisch brauchbare Hilfe zur Entlastung des Arbeitsmarkts machen. Das bisherige Ergebnis dieser Prüfung hat vor einigen Tagen die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in einem Artikel "Arbeitszeit und Arbeitsmarkt" in instruktiver Form dargestellt. In knapper Zusammenfassung sieht dieses Ergebnis etwa folgendermassen aus: Der

Einwand der technischen Unmöglichkeit ist nicht stichhaltig. Ein Mangel an Facharbeitern besteht nicht; denn gerade diese sind infolge der technischen Entwicklung in hohem Masse arbeitslos geworden. Bezirklicher Facharbeitermangel jedoch lässt sich ohne besondere Mühe ausgleichen. Ebenso wenig stichhaltig ist der Einwand, dass vermehrte Einstellung vermehrte kostspielige Investierungen zur Folge haben würde. Heute liegen tatsächlich durchaus moderne Betriebsstätten in beträchtlichem Umfang brach; auch die Betriebe, in denen voll gearbeitet wird, erschöpfen meist keineswegs ihre Produktionskapazität. Und wie steht es mit den Produktionskosten? Ohne Lohnausgleich entstehen keine erheblichen Mehrkosten. Die Belegschaftsvermehrung kann kaum erhöhte Soziallasten mit sich bringen. Wohl steigt die Zahl der zu Versicherenden, aber abgesehen von einer Senkung der auf dem Lohn basierenden Beitragshöhe erfährt die Fürsorge für die Arbeitslosen eine Entlastung, die bei den Versicherungsbeiträgen oder an den gemeindlichen Gewerbesteuern ausgleichend zur Geltung kommen muss. Auch die allgemeinen Betriebsunkosten für den einzelnen Arbeiter brauchen bei einer Fünf-Tage-Woche und einer durchgeführten sechstägigen Arbeitswoche für den Betrieb keineswegs zu steigen. Heute führen z.B. zahlreiche Betriebe trotz der angeblich starken Kostenerhöhungen in weitem Umfang Kurzarbeit durch. Ein grosser Teil der Unternehmungen hat also bereits sehr weitgehend zur Arbeitsstreckung gegriffen und steht dennoch mit den vollarbeitenden Betrieben in Wettbewerb. Die Unrentabilität der Arbeitsstreckung wird nur geflissentlich stark übertrieben. Auch die 40-Stunden-Woche wird nicht die nötige Elastizität des Betriebs zerstören; denn die Gewerkschaften fordern heute wie früher ja nur, dass Ueberarbeit auf wirklich dringende und unausweichliche Fälle beschränkt wird und dass die Ueberstunde an eine erheblich erweiterte Beitragspflicht zur Arbeitslosenfürsorge gebunden wird. Die Lohnveränderungen infolge der Arbeitszeitverkürzung bedeuten nur eine Verschiebung von Kaufkraft vom Vollbeschäftigten zum jetzt Arbeitslosen. Diese Verschiebung wird nicht einseitig dem Lebensmittelabsatz, sondern verschiedenen Warengattungen zugute kommen. Das Einkommen des Arbeiters wird durch Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich natürlich gesenkt, auch dann, wenn, wie die Gewerkschaften fordern, zum Lohnausgleich für den Uebergang die frei werdenden Unterstützungsmittel herangezogen werden.

Der Arbeiter muss, zunächst wenigstens, ein Opfer bringen, aber kein zweckloses; denn die Eindämmung der Arbeitslosigkeit und die Arbeitszeitverkürzung schaffen erst die Voraussetzung für Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Und hier liegt der Grund, warum die Vereinigung von der Arbeitszeitverkürzung nichts wissen will. Sie fürchtet, dass die Gewerkschaften wieder den festen Boden unter die Füsse bekommen. Das will sie verhindern.

SPD. Der Bergbau-Industriearbeiterverband hat dieser Tage sich eingehend mit den Ursachen der beiden letzten grossen Grubenkatastrophen von Alsdorf und Maybach beschäftigt. Sehr energisch nimmt er gegen die Auffassung Stellung, dass solche Katastrophen unvermeidbar seien. Einzelfälle, kleine Explosionen seien unvermeidbar, aber auch sie würden beeinflusst durch das direkte und indirekte Antreibersystem, durch Rationalisierung und Mechanisierung. Die Jagd nach Kohle lasse oft die Notwendige Rücksicht auf die unerlässlichen Sicherheitsmassnahmen ausseracht. Man sei erpicht auf flotte Kohlenförderung wie der Teufel auf die arme Seele, während zu gleicher Zeit am Bergeversatz nur wenig Leute beschäftigt seien. Dieser Misstand bestehe an nur zu vielen Orten.

Auf Maybach handelt es sich nach der Auffassung des Bergbau-Industriearbeiterverbandes um eine nicht genügend lokalisierte Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion. Die Saarbergbaubehörde erklärt, die Explosion sei durch das Gesteinstaubverfahren "lokalisiert" worden. Wenn das Gesteinstaubverfahren keiner

besseren Schutz böte, wäre es zwecklos. Tatsächlich bietet es besseren Schutz. Im Ruhrbergbau ist diesem System die Rettung Tausender von Menschenleben zu verdanken. Als im Ruhrgebiet Mechanisierung und Rationalisierung wahre Orgien feierten, haben sich fast wöchentlich lokale Explosionen ereignet. Man hat sie fast immer lokalisiert und damit Massenopfer verhütet. Auch auf Maybach wäre eine Lokalisierung möglich gewesen, wenn man das Gesteinstaubverfahren richtig angewendet hätte. In Strecken, die nach der Bergpolizeiverordnung durch Hauptsperrern mit je 400 kg Stein- und Kohlenstaub pro Quadratmeter Streckenquerschnitt versehen sein mussten, sind bei 4 - 5 qm Querschnitt nur 200 bis 300 kg Staub auf einer einzigen Hürde aufgehäuft gewesen. Dabei waren die Schlagwettergefahren auf Maybach stets sehr gross.

Auf Maybach wie auch in Alsdorf hat sich die Entzündungsursache noch nicht feststellen lassen. Oberirdisch ist der Schutt soweit weggeräumt, dass man nunmehr mit ziemlicher Sicherheit sagen kann, oben hat, abgesehen von Kohlenstaub keine andere Explosion stattgefunden. Die Meinung, dass das Alsdorfer Unglück durch eine aussergewöhnliche Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion - in der Grube, und dann nochmals am Schacht - entstanden sei, hat an Gewicht gewonnen.

SPD. Die Schlichtungsverhandlungen über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau sollen in der Zeit vom 12. bis 14. November in Essen stattfinden.

SPD. Das Notopfer der Personen des öffentlichen Dienstes hat nach einer Uebersicht des Reichsfinanzministeriums bei der ersten Erhebung im Monat September den Betrag von 14,8 Mill. ergeben. Es blieb um etwa 2 Mill. hinter dem Monatsvoranschlag zurück.

SPD. Der Niederländische Gewerkschaftsbund fordert in einer der zweiten Kammer überreichten Denkschrift baldige Festsetzung der Mindestlöhne auf der Grundlage des Genfer Vertragsentwurfs vom Jahre 1928. Er weist darauf hin, dass der Entwurf mit allen niederländischen Stimmen auf der XI. Genfer Internationalen Arbeitskonferenz angenommen worden sei. Trotzdem betrachte der Niederländische Arbeitgeberverband die Ratifizierung als nicht dringlich. Auf jeden Fall sei eine Festsetzung der Mindestlöhne notwendig für solche Industrien, in denen aus Mangel an einer guten gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter die Löhne noch übermässig niedrig stehen.

SPD. In Dresden hat das Arbeitsgericht dieser Tage einem Antrag der Strassenbahn A.G. auf Absetzung des kommunistischen Betriebsratsmitgliedes Berger stattgegeben. Die Direktion hatte 120 Aushilfsschaffner entlassen wollen. Auf Vorschlag der Mehrheit des Betriebsrats war deshalb in einer Strassenbahnerversammlung Abstimmung über Arbeitsstreckung getroffen worden. In einer von der Gewerkschaftsopposition einberufenen Betriebsversammlung hat Berger die Anwesenden aufgefordert, zur Urabstimmung zu gehen, die Stimmzettel jedoch durch ein Kennwort ungültig zu machen. Tatsächlich sind dann bei der Urabstimmung 174 Stimmzettel mit dem Kennwort "Streik" abgegeben worden. Die Strassenbahndirektion erblickte in dem Verhalten Bergers eine grobe Pflichtverletzung. Dieser Auffassung schloss sich auch das Gericht an.

Die Weber.

Eine gewerkschaftliche Erhebung über Rückgang der Effektivlöhne.

SPD. Von der Not des schlesischen Webers spricht und schreibt man seit einem Jahrhundert. Revolutionen in der Technik haben nun die Produktion ins Ungemessene gesteigert. Aber in den schlesischen Weberdörfern wohnen noch immer, wie vor kurzem in aller Öffentlichkeit festgestellt werden musste, Familien von 4 Köpfen in einem Zimmer von 36 Quadratmetern. Das Zimmer hat keine Fenster. Der Vater ist tuberkulös und hat seine sechsjährige Tochter infiziert. In einem anderen Zimmer von 30 qm und 2,5 m Höhe wohnt eine siebenköpfige Familie. Hier ist der Vater, ein Weber, lungenkrank. Ihn hat seine Frau angesteckt. Ein drittes Zimmer, Grösse 12 qm, wird von einem Ehepaar bewohnt. Nach derselben Feststellung sind Mädchen im Alter von 16 bis 17 Jahren, die bereits Mütter sind, keine Ausnahme. Der Inzest zwischen Vater und Tochter und Geschwister gilt nicht mehr in dem Masse wie gemeinhin im gesunden Empfindungsleben als extreme Verirrung. Das sind - wir betonen das noch einmal - von unparteiischer Stelle im Jahre 1930 gemachte Feststellungen für das moderne Weberelend.

Gerade hier setzte der Lohnabbau des deutschen Unternehmertums brutal ein. Wir folgen einer Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes und der Hirsch-Dunckerschen Textilarbeiter an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung, in der um Massnahmen ersucht wird, ein weiteres Hinabgleiten der deutschen Textilarbeiterschaft in den Verelendungsprozess unter allen Umständen zu verhindern und in der über die Lohnverhältnisse der Facharbeiter in der Textilindustrie folgendes festgestellt wird:

	<u>Stundenlohn im Reichsdurchschnitt</u>	<u>Stundenlohn in der Textilindustrie</u>	<u>In der Textilindustrie weniger:</u>
	(amtliche Feststellung vom 1. Juni 1930 in Pfennigen)		
Facharbeiter	111,91	79,4	29,04 %
Ungelernte	84	66,7	20,6 %

Die Zahlen besagen mit einer fürchterlichen Brutalität, dass das Einkommen eines in der Textilindustrie tätigen Facharbeiters um 29,04 % und das Einkommen eines in der Textilindustrie tätigen ungelernten Arbeiters um 20,6 % tiefer liegt als das Einkommen aller übrigen von der Statistik erfassten Fach- und ungelernten Arbeiter. Das sind schliesslich aber nur Tariflöhne. Sie geben kaum einen Anhaltspunkt darüber, welche Löhne in der Textilindustrie wirklich gezahlt werden. Auch die amtliche Statistik schweigt. Seit Jahren forderten die Gewerkschaften, dass das Einkommen der deutschen Textilarbeiterschaft laufend durch amtliche Erhebungen festgestellt werden sollte. Dem ist das Reichsstatische Amt im Herbst 1927 nachgekommen. Erfasst wurden damals Konjunkturlöhne. Auf eine Erhebung über die gegenwärtig gezahlten Krisenlöhne wartet man aber vergeblich und mit Recht unterstreicht die Eingabe der Textilarbeitergewerkschaften, dass sie den Eindruck hätten, als ob irgendwo im Unternehmerlager verborgene Kräfte am Werke sind, die eine Wiederholung der amtlichen Erhebung fürchten" und sie allem Anschein nach regelrecht sabotieren. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat sich deshalb verpflichtet gesehen, eine eigene Erhebung durchzuführen. Danach ergeben sich zwischen den Konjunkturlöhnen von 1927 und den Krisenlöhnen im Zeitraum von Dezember 1929 bis Mai 1930 folgende Differenzen:

Amtl. Statistik
im September 1927
(Konjunkturlohn)

Statistik des Deut-
schen Textilarbei-
terverbandes für
Dezember 1929 bis
Mai 1930
(Krisenlohn)
Krisen-
lohn weni-
ger als
Konjunk-
turlohn.

Männlicher Facharbeiter	42,22	37,67	10,8 %
weiblicher Facharbeiter	30,35	26,76	11,5 %
Ungelernter männl. Zeit-			
lohnarbeiter	33,78	29,94	11,4 %
ungelernter weibl. Zeit-			
lohnarbeiter	22,40	20,78	7,2 %

Diese Tabelle ist in der Öffentlichkeit leider viel zu wenig bekannt. Der Propagandaapparat der Unternehmer sucht einer unkritischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines Lohnabbaus mit dem Hinweis auf die Krise plausibel zu machen. In Wirklichkeit ist ein Abbau der wirklich gezahlten, der Effektivlöhne erfolgt, der die Lebenshaltung der Arbeiter weit unter die Grenze des Möglichen gedrückt hat. Dabei ist im Rahmen einer Rationalisierung, die weder sozialen, noch technischen Sinn verrät, sondern nur auf äusserste Anspannung der menschlichen Arbeitskraft hinausläuft, dem Arbeiter und der Arbeiterin eine beispielelose Mehrarbeitsleistung aufgebürdet worden. Die Rationalisierung, die die Leistung pro Kopf im phantastischen Ausmass steigert und die Arbeitskraft in einem Masse verbilligt, wie das noch nie in der Wirtschaftsgeschichte der Fall gewesen ist, sieht nach den Feststellungen der Textilarbeitergewerkschaften in ihrer Eingabe an die Reichsregierung - wir greifen nur einige Beispiele heraus - so aus:

Eine Spinnerei in Westfalen rationalisierte derart, dass dem Spinner statt 3 nur noch zwei Anmacher beigegeben sind. Bis dahin erhielt der Spinner eine Vergütung von 6 %, wenn ein Anmacher fehlte. Diese Vergütung ist in Fortfall gekommen.

In einer rheinischen Spinnerei müssen 2 Maschinen statt wie bisher 1 bedient werden. Dabei werden in 48 Arbeitsstunden 2,50 bis 3 Mark weniger verdient als früher bei einer Maschine.

Eine grosse Spinnerei im Rheinland erhöhte bei den Spulmaschinen die Zahl der Trommeln von 20 auf 30 und bei den Zwirnmaschinen die zu bedienende Maschinenzahl von 2 auf 3, ohne dass dafür eine Mehrvergütung gezahlt wird. - Ein grosser Spinnereibetrieb in Württemberg verminderte die Zahl der Hilfskräfte für jeden Selfactorspinner um je einen Andreher.

Eine badische Spinnerei lässt sich durch eine Spinnerin 450 Spindeln bedienen statt wie bisher 300. In einem anderen Spinnereibetrieb kamen vor Jahresfrist noch auf 1 000 Ringspindeln 10 Arbeiterinnen, jetzt nur 8. Ein anderer badischer Spinnereibetrieb baute die Zahl der Hilfskräfte von 33 auf 28 ab. Zu gleicher Zeit erfolgte ein Lohnabbau um 33 bis 35 %.

Eine schlesische Spinnerei ersparte durch Uebergang von 2 auf 3-Seitenbedienung bei einer Belegschaft von 200 Leuten 30.

Die Beispiele könnten erweitert werden. Sie zeigen, dass trotz einer beispiellosen Mehrleistung ein unerträglicher Lohndruck und Lohnabbau eingetreten ist. Wichtig ist vor allen Dingen, dass an einer stichfesten Erhebung gezeigt worden ist, wie sehr bereits die Löhne unter Druck der Krise zurückgegangen sind. Man wird sich dem Ersuchen der Textilarbeiterverbände nicht verschliessen, sofort durch eine amtliche Erhebung Klarheit über den wirklichen Lohnrückgang in der Textilindustrie zu schaffen. Das Gesagte bezieht sich natürlich auch auf die anderen Industrien, wo die Dinge grundsätzlich ebenso liegen wie in der Textilwirtschaft.

SPD. Die Tagung des Langnamvereins (so genannt wegen seines etwas lang ausgefallenen Namens: Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen) sind seit längerer Zeit zu Veranstaltungen geworden, von denen aus die rheinisch-westfälische Schwerindustriellen ihre Offensiven gegen die Arbeiterschaft starten. Bei dem Einfluss der Schwerindustrie auf den Reichsverband der Deutschen Industrie kann man annehmen, dass es den Drahtziehern an der Ruhr gelingt, die auf den Tagungen des Langnamvereins geäußerten Ansichten zu den geltenden im Reichsverband zu machen.

Die am Dienstag stattgefundene Tagung hat die Parole eines unbedingten Lohnabbaus herausgegeben. Im übrigen hat man vor den nationalsozialistischen Experimenten gewarnt; dieser Warnung schloss sich auch Werner Kehl von der Deutschen Bank-Dissontogesellschaft an, dessen Kollegen von Stauss man nachsagt er stehe den nationalsozialistischen Führern äusserst nahe. Trotz der Warnung des Langnamvereins wird die Finanzierung der nationalsozialistischen Partei durch bekannte Schwerindustrielle Führer natürlich weiter gehen. Man braucht diese Partei ja, um sein Programm durchzuführen.

Hinsichtlich der Reparationspolitik wurde der sicher vernünftige Standpunkt vertreten, dass es zweckmässig sei, erst die deutsche Wirtschafts- und Finanzverhältnisse in Ordnung zu bringen, ehe man einer Revision nähere trete.

Zu erwähnen ist noch der preussische Handelsminister, der in einer Rede in der er u.a. die berechtigte Frage aufwarf, ob der gewünschte Preisabbau auch wirklich die Folge einer Senkung von Löhnen und Gehältern sein werde, ein Kolleg über Marxismus hielt. Nach dem preussischen Handelsminister Dr. Schreiber ist u.a. der Irrglaube, in Deutschland einen Höchstzinssatz festsetzen zu können und der andere Irrglaube, ein Land brauche kein Produktionskapital zu bilden und könne im Ausland darauf lospumpen, Marxismus. Der in diesen Sätzen geäußerte "Marxismus" des preussischen Handelsministers bewegt sich, wie man sieht auf dem Niveau unserer Nationalsozialisten. Darüber kann man wohl die Debatte schliessen.

Die Vorschläge der Gewerkschaften, durch eine allgemeine Einschränkung der Arbeitszeit Arbeitslose in die Arbeit zu bringen, wurde glattweg als "Mittel, das nur vorübergehende Erleichterung bringe", abgelehnt. Damit stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt gewisser scharfmacherischer Schwätzer, die in einer Zeit der fürchterlichsten Arbeitslosigkeit eine Erhöhung der Arbeitszeit fordern.

Die drei Vertreter der Industrie, die auf der Tagung des Langnamvereins das Wort ergriffen, Ernst Poensgen, Springorum von der Schwerindustrie und Müller-Oerlinghausen vom Reichsverband der Deutschen Industrie, liessen über das Programm der industriellen Scharfmacher und der Sozialreaktion keinen Zweifel. Es heisst Steuersenkung, Ausgabensenkung bei der Regierung, Lohn- und Gehaltsabbau! Nach aussen hin wird das krasse, brutale und unvolkswirtschaftliche Programm durch die Parole einer "Senkung der Preise durch Senkung der Löhne mit dem Ziel Beibehaltung der Kaufkraft und Ueberwindung der Krise" verdeckt. In diesem Zusammenhang forderte Poensgen, der sich in letzter Zeit wiederholt gerühmt hat, der Mann zu sein, der die Eisenindustrie wieder in Ordnung bringe, eine Ermässigung der Kohlenpreise auf Grund eines Abbaus der Bergarbeiterlöhne und einer Tarifiermässigung bei der Reichsbahn.

Das Programm klingt schön und gut. Wie steht es aber um die Durchführung? Der preussische Handelsminister Schreiber hat auf der Tagung Gelegenheit genommen, seine Bedenken zu äussern, und die Frage aufgeworfen, ob nun dem Gehalts- und Lohnabbau wirklich ein Preisabbau folge? Es ist die Frage, auf wessen Kosten die Preissenkungsaktion gehen soll und wir befürchten, dass die Unternehmer hier die Lasten auf die breiten Massen abwälzen und sich der Notwendigkeit eines allgemeinen Opfers glatt entziehen wollen. Genau so, wie sie die Gewinne aus der Rationalisierung in Form von überhöhten Profitquoten einsteckten und die Neuanlagen durch die Unmöglichkeit, ihre Leistungsfähigkeit auch nur an-

nähernd auszusetzen, unrentabel machten, während sie jetzt vor aller Welt behaupten, die Lohnpolitik der Gewerkschaften habe zu Rationalisierungsinvestitionen gezwungen, die sich als unrentabel erwiesen hätten. Soweit etwas über die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, wo sich Unternehmer und Arbeitnehmer über die Preissenkungsaktion auseinandersetzen haben, etwas in die Öffentlichkeit gedrungen ist, war es doch nur das, dass sich die Unternehmer mit aller Energie gegen einen wirklichen Preisabbau sträuben. Hinter den schönen Worten der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen steckt das brutale Projekt einer Steigerung der Profite und der Renten dadurch, dass man das Realeinkommen der breiten Massen reduziert, damit die Kaufkraft weiter schmälert und das Krisenelend vergrößert. Wenn die Unternehmer für einen Preisabbau sind, weshalb sind sie, so fragen wir, z.B. nicht für einen Abbaü der Markenpreisartikel? Das ist auch der Schlüssel für die Erklärungen des Bankiers Werner Kehl auf der Langnamtagung, der erklärte, dass selbstverständlich der Lohnabbau dem Preisabbau vorangehen müsse.

Die Arbeiterschaft hat der neuen Kundgebung der Schwerindustrie grösste Beachtung zu schenken. Es sind hier Kräfte am Werk, die ohne jede Hemmung bereit sind, unser Volk in Katastrophen zu stürzen. Wir sind tatsächlich in das Stadium getreten, wo der Kampf um die Lastenverteilung, um den Aufbau der deutschen Wirtschaft, zu entscheidendem Ernst geworden ist.

SPD. Am Dienstag wurde Dr. Mosler von der Deutschen Bank-Discountgesellschaft zum Vorsitzenden des Berliner Börsenvorstandes gewählt. Er tritt an die Stelle des vor kurzem verstorbenen Bankiers Pohl.

SPD. Auf Grund eines "zufriedenen Geschäftsganges" wird die Berliner Kindl Brauerei für das verflossene Jahr abermals die Rekorddividende von 22% ausschütten.

SPD. Am 4. November fand im Reichswirtschaftsministerium zwischen den beteiligten Ressorts der Reichsbank und der Spitzenverbänden der Boden- und Kommunal-Kreditinstitute eine Aussprache über die Zinspolitik statt. Hierbei wurde Einverständnis darüber erzielt, dass bis auf weiteres bei Neumissionen von Schuldenverschreibungen an dem 7%igen Typ festzuhalten ist. Die Institute waren der Meinung, dass von der in der Öffentlichkeit mehrfach erörterten "Sperrre" im Emissions- und Beleihungsgeschäft Abstand genommen, im Interesse einer Schonung des Kapitalmarktes aber eine gewisse Zurückhaltung beobachtet werden müsse.

Berliner Viehmarkt.

(4. November)

SPD. Die Steigerung der Schweinepreise, die sich seit Wochen beobachten lässt, setzte sich auch am Dienstag fort. Von den Käufern wurde über nicht ganz befriedigenden Auftrieb geklagt. Gesucht wurde besonders fette Ware. Der Rinder=, Kälber= und Hammelmarkt waren dagegen besser beschickt. Die Preise gaben nach und zwar auf dem Kälber= und Hammelmarkt mehr als auf dem Rindermarkt.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42 - 46 (voriger Markt 40 - 47), b) 30 - 38 (30 - 37), c) 26 - 29 (26 - 29), d) 22 - 25 (20 - 25). Kälber: a) - (-), b) 75 - 84 (75 - 85), c) 68 - 80 (62 - 82), d) 42 - 65 (42 - 65). Schweine: a) (über 300 Pfund) 62-65 (61 - 62), b) (240-300 Pfund) 63 - 64 (62 - 63), c) (200 - 240 Pfund) 62 - 64 (62 - 63), d) (160-200 Pfd.) 59 - 62 (58 - 61), e) (120 - 160 Pfund) 55 - 57 (55 - 57), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 56 - 57 (56).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 4. November: I. 137 Mark, II. 125 Mark, III. 109 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 27. Oktober bis 1. November 1930 auf 95,7 gegenüber 97,4 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindu=strie auf 91,6 (94,0), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 84,7 (86,2) und Gruppe Handel und Verkehr auf 118,6 (119,8).

Für den Durchschnitt des Monats Oktober 1930 ist der Index mit 95,8 gegenüber 102,3 im Durchschnitt September 1930 ermittelt und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie 92,2 (98,7) Gruppe Verarbeitende Industrie 84,4 (90,8) und Gruppe Handel und Verkehr 118,7 (125,3).

SPD. Das Deutsche Kalisyndikat teilt mit: Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kaliwerke im Oktober 1930 betragen 716 599 dz Reinkali gegen 791 518 dz Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten sechs Monaten (Mai bis Oktober 1930) des laufenden Dünge=jahres betragen 5 650 323 dz Reinkali gegen 5 623 140 dz Reinkali in den ersten sechs Monaten des Düngejahres 1929/30. In den ersten zehn Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kaliwerken insgesamt 12 211 381 dz Reinkali gegen 12 171 591 dz Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres versandt. In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kaliwerke für die Exportlager des Syndikats mit enthalten.

Gegensatz Weizen - Roggen bleibt.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Nov.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte eine etwas freundlichere Stimmung für Weizen, die indessen in der Hauptsache wohl auf grössere Deckungskäufe zurückzuführen sein dürfte. Am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisgewinne von 2 bis 3 Mark festzustellen. Auch effektive Ware konnte etwa in dem gleichen Umfange anziehen, da sie wenig angeboten und von den Mühlen stark begehrt war. Im Gegensatz hierzu hat sich am Roggenmarkt nur wenig geändert. Das Angebot ist reichlich und findet nur zögernd Aufnahme. Die Lokopreise blieben fast unverändert, während sich am Markte der Zeitgeschäfte nur kleinere Gewinne ergaben. Auch der Mehlmarkt hat sich in keiner Weise belebt. Die Käufer hielten sehr zurück, die Forderungen der Mühlen lauten unverändert. Hafer hatte reichliches Angebot in mittleren und geringen Qualitäten, nach denen sich jedoch kein Begehrt zeigte. Lediglich für allerfeinste Sorten machte sich Interesse bemerkbar, die aber kaum angeboten waren. Die Preislage war wenig verändert.

	3. Nov.	4. Nov.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	232 $\frac{1}{2}$ - 234 $\frac{1}{2}$	235 - 237
Roggen	146 - 148	146 - 148
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriergerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	139 - 149	138 - 148
Weizenmehl	27,75 - 36,50	27,75 - 36,50
Roggenmehl	23,50 - 26,50	23,50 - 26,50
Weizenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75
Roggenkleie	6,75 - 7,25	6,75 - 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 255 $\frac{1}{2}$ - 256 (Vortag 254), März 272 - 273 $\frac{1}{2}$ (270 $\frac{1}{2}$), Roggen Dezember 166 $\frac{3}{4}$ - 168 (166 $\frac{1}{2}$), März 183 $\frac{1}{2}$ - 184 $\frac{1}{2}$ (183 $\frac{3}{4}$). Hafer Dezember 152 - 153 (153) März 163 $\frac{1}{2}$ - 164 $\frac{1}{2}$ (164 $\frac{1}{2}$).

Rauhfutternotierungen

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,70 - 0,85
" " Weizenstroh	RM	0,60 - 0,70
" " Haferstroh	RM	0,65 - 0,80
" " Gerstenstroh	RM	0,65 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RM	0,80 - 1,05
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RM	0,75 - 0,95
" " Weizenstroh	RM	0,70 - 0,80
Häcksel	RM	1,50 - 1,65
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RM	1,30 - 1,80
Gutes Heu, gesund und trocken	RM	1,65 - 2,25
Luzerne, lose	RM	2,90 - 3,30
Thymothee, lose	RM	2,80 - 3,20
Kleeheu, lose	RM	2,60 - 3,00
Mielitz=Heu, lose, rein (Warthe)	RM	1,65 - 1,85
" " " (Havel)	RM	1,20 - 1,50
Drahtgepresstes Heu	RM	0,40 über Notiz.

Tendenz ruhig.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 4. Nov. 1930.

Bei Eröffnung der Sitzung gedachte Präsident Bartels der schweren Bergwerkskatastrophe auf der Maybach-Grube. Den verstorbenen Abgeordneten Beuermann (DVP) und Schluchtmann (Soz.) widmete er Worte ehrenden Gedenkens.

Auf der Tagesordnung stand die Aussprache über die

Misstrauensanträge

gegen den neuen Innenminister Severing. Der Innenminister hatte auf der Regierungsbank Platz genommen. Saal und Tribünen waren stark besetzt.

Den deutschnationalen Misstrauensantrag begründete Abg. Dr. v. Winterfeld, der erklärte, dass der Rücktritt des Kabinetts Braun und die Auflösung des Landtages in Folgerichtigkeit der Reichstagswahlen selbstverständlich sein müssten. Die Ernennung Severings zum Innenminister sei aber ein deutliches Zeichen dafür, dass die Sozialdemokratie an der Macht bleiben wolle. Der neue Innenminister sei den Deutschnationalen bereits zur Genüge bekannt, sodass sie seine neuen Taten nicht erst abzuwarten brauchen.

Abg. Kasper (Komm.): Severing sei der Repräsentant der Polizeibrutalitäten gegen die Arbeiterschaft. Es sei bezeichnend, dass nicht weniger als 20 Kriminalbeamte auf die Tribünen des Landtags gesetzt wurden, um die Stimme des Volkes gegebenenfalls sofort unterdrücken zu können. Das Proletariat sei für den Entscheidungskampf gerüstet.

In der allgemeinen Aussprache erklärte Abg. Bachem (Dn.), die Sozialdemokratie sehe anscheinend ihre Machtstellung in Preussen als gefährdet an, was aus der Ernennung Severings und Grzesinskis hervorgehe. Sehr bezeichnend sei die Bemerkung des "Vorwärts", wonach die heutige Zeit mehr einen Polizei- als einen Verwaltungsminister erfordere.

Abg. Stendel (DVP.) beschränkte sich auf die Erklärung, dass die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei bekannt sei.

Abg. Benschaid (Komm.) unterstrich die Ausführungen seines Parteifreundes Kasper. Man könne in Preussen offenbar nichts anders als mit Polizeiverordnungen regieren.

Abg. Baecker (Landvolkp.) betont, der Stoss des Misstrauensvotums müsste sich eigentlich gegen den Ministerpräsidenten Braun richten. Sogar die Koalitionsgenossen seien von der plötzlichen Ernennung Severings unangenehm überrascht worden. Die Verfassung werde vom Ministerpräsidenten Braun sehr weithergig ausgelegt. Der Redner fordert Revision der Verfassung, wonach ein besonderes Organ für die Berufung von Ministern eingesetzt werden solle, etwa in der Person eines Staatspräsidenten.

Abg. Ladendorff (Wirtschaftspartei) betont, es handele sich hier nicht um die Person des Ministers Severing als Mensch, sondern um das System. (Zurufe links: "Madenlied!") Ueber die Person des Herrn Innenministers, der zum dritten Mal an dieser Stelle stehe, könne kein Zweifel bestehen. Unter Verletzung des demokratischen Prinzips solle hier die führende Stellung der Sozialdemokratie in Preussen und im Reich von neuem gesichert werden. Die Wirtschaftspartei werde für die Misstrauens-Anträge stimmen und dadurch bekunden, dass nur durch eine Beseitigung der marxistischen Herrschaft eine Befreiung vom Sklavenjoch des internationalen Kapitalismus möglich sei (Beifall rechts); - Rufe links: "Alter Dessauer!").

Abg. Kube (Nat. Soz.) Das christliche Zentrum habe wieder einmal keinen Vorwurf gegen jenen Grzesinski erhoben, gegen den der sozialdemokratische Richter Grützner so schwere Vorwürfe erheben konnte, dass Grzesinski dadurch gezwungen

war, als Innenminister zu demissionieren (Rufe b.d.Komm.: "Sprechen Sie mal über Franzen!"). Das von Zionisten und anderen merkwürdigen Erscheinungen durchsetzte preussische Innenministerium habe den Mut, die Entfernung von Beamten aus dem Dienste zu verlangen; die nachweislich ohne Tadel seien, nur weil diese Beamten der Nationalsozialistischen Partei angehörten (Rufe links: "Was macht Frick in Thüringen?"). Wir haben nie erklärt, dass wir die demokratische Regierungsform für richtig halten (stürm.Aha-Rufe b.d.Reg.Parteien).

Abg.Heilmann (Soz.): Während der Rede des Abg. Kube hat der Nationalsozialist Haake mit einer drohenden Bewegung zum Präsidenten den Zwischenruf gemacht "Ich komme da gleich rauf!". Ich wollte nur dies erwähnen, um diesen rohen Ausdruck für das Protokoll nicht verloren gehen zu lassen.

Präsident Bartels erklärt, er habe den Zuruf bei dem andauernden Lärm nicht gehört; sonst hätte er entsprechende Massnahmen ergriffen.

Abg.Riedel (Dem.): Während der Rede des Abg.Kube habe ich durch Zwischenruf festgestellt, dass der Nationalsozialist Graf Reventlow die Abtretung Süd-Tirols an Italien als "Olle Kamellen" bezeichnet hat. Der Abg.Kube hat darauf erwidert, das wäre bewusst die Unwahrheit. Demgegenüber verliest der Redner unter lebhafter Unruhe die entsprechenden Stellen aus dem amtlichen Reichstags-Protokoll und fügt hinzu; seine Freunde lehnten im übrigen eine Auseinandersetzung mit einer Partei, die Sittlichkeitsverbrecher in den Reichstag bringen wollte, ab.

Abg.Biester (D.Hann.) begründet die Zustimmung seiner Gruppe zu den Misstrauens-Anträgen damit, dass heute die sozialdemokratischen Regierungmitglieder die gleiche Praxis politischer Terrorisierung betrieben, die die S.P.D. unter dem alten Regime oft gemeinsam mit den Welfen bekämpft habe.

Abg.Leinert (Soz.):

Der nationalsozialistische Redner hat sich ungeheuer moralisch entrüstet über Angriffe, die die sozialdemokratische Presse während der Präsidentenwahl gegen Hindenburg gerichtet hat. Aber Herr Strasser hat den amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg einen "verstaubten Heros, Staffage der Börse" genannt. Herr Göbbels hat Hindenburg als Präsidenten der Erfüllungsparteien bezeichnet, der wie ein unterworfenen Barbarenfürst hinter dem römischen Triumphwagen Stresemanns einhergeschleppt werde. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Gegensatz dazu haben wir dem gewählten Reichspräsidenten stets die schuldige Achtung gezollt. Ueber Moral zu diskutieren lohnt nicht gegenüber einer Partei, die mit dem höchsten Ehrenamt des Reiches, dem Mandat des Reichstagsabgeordneten Mörder, Einbrecher und Sittlichkeitsverbrecher beliehen hat. (Stürmischer Beifall bei den Soz., Unruhe rechts). Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Dinter bezeichnet die Partei als Saustall, in dem durch die sittliche Verlotterung der Führer Korruption und Misswirtschaft herrschen. Der frühere nationalsozialistische Gauleiter Friedrich nennt in einer Abrechnungsbroschüre "Unter dem Hakenkreuz" die nationalsozialistischen Führer Lumpen, Lausbuben und Verbrecher, erbärmliche Leute voll Eifersucht, Ehrgeiz und erbärmlichen Konkurrenzneides. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Studienrat a.D. Bernhard Rast, Hannover, hat sich als Leutnant während des ganzen Krieges von der Front gedrückt. Dem Nationalsozialisten Hinckler hat die Universitätsklinik in Halle im Jahre 1926 bescheinigt, dass er an Veitstanz, Gedächtnisschwäche, und schwerer Beeinträchtigung der geistigen Bereitschaft leide; bei der Natur des Leidens sei es ausgeschlossen, dass Hinckler zum Lehrerberuf wieder fähig werden könne. Dieser Hinckler steht jetzt vor mit als nationalsozialistischer Abgeordneter des Preussischen Landtages. (Stürmische Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Die Zumutung des Herrn Kube, seiner Partei Achtung entgegenzubringen, erscheint danach geradezu lächerlich. (Erneuter lebhafter Beifall links.)

In Severing erblicken wir die Garantie, dass das Amt des preussischen

Innenminister im Geiste des Republik verwaltet wird. Dass die preussische Polizei dem Schutz der Volksfreiheit dient und nicht wie in Thüringen und Braunschweig ihrer Bedrohung. Gegenüber nationalsozialistischen und bolschewistischen Gewaltabsichten bedeutet Severing die Sicherstellung der republikanischen Abwehr. Der kommunistische Redner hat nach alter übler Gewohnheit Severing als "Arbeitermörder" beschimpft. Niemand hat grössere Ströme Arbeiterblut vergossen als die Kommunistische Partei. Severing ist der Schutzwall gegen den Bürgerkrieg. Aber er ist zugleich ein Repräsentant der sozialen Ziele der Arbeiterklasse, wie er noch als Schlichter im Nordwestdeutschen Eisenkonflikt bewiesen hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Die deutsche Arbeiterklasse, die deutschen Republikaner setzen das allergrösste Vertrauen in Karl Severing und begrüssen mit freudiger Genugtuung die Wiederaufnahme seiner Arbeit im Preussischen Innenministerium. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Soz.)

Abg. Meyer-Hermsdorf (Chrstl. Soz. Volksdienst): Ueber unsere Haltung hat Herr Hugenberg im Wahlkampf eine Fülle wahrheitswidriger Behauptungen aufgestellt (Zuruf: Sie kommen gegen den Lügenberg doch nicht auf!). Die Misstrauensanträge im Preussischen Landtag werden nachgerade lächerlich. Bei den letzten Misstrauensanträgen haben 5 Deutschnationale, 6 Kommunisten und 5 Volksparteiler gefehlt; bei den Anträgen auf Auflösung des Landtages 5 Deutschnationale, 8 Kommunisten und 7 Volksparteiler. (Zuruf: Und die da waren, haben auch nur mit Angst dafür gestimmt!) (Heiterkeit) Wir machen diese Spielerei nicht mehr lange mit. Aber wir werden gegen Severing stimmen, um nicht der skrupellosen Demagogie gegen uns neuen Stoff zu geben.

Abg. Schmidt-Erfurt (Komm. Opp.): Im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus stimmen wir gegen Severing. (Lachen bei den Soz.)

Damit schliesst die Debatte. Die Abstimmung findet Donnerstag Nachmittag um 2 Uhr statt.

Nächste Sitzung Mittwoch Mittag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anfragen und Anträge zu den Grubenkatastrophen.

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Der Sturm gegen Severing: Sie haben sich alle zusammengefunden, Deutschnationale, Kommunisten, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Landvolk, Christlich-Soziale Arbeitsgemeinschaft und kommunistische Opposition. Und selbst die Deutsch-Hannoveraner fehlten nicht, um im Namen der Freiheit von Niedersachsen Severing stürzen zu helfen. Und doch war es kein Sturm. Bei den entrüstetsten Kampfreden gegen Severing schliessen die Zuhörer auf den Tribünen ein. Einer der Mitverschworenen, der Evangelisch-Soziale Meyer (Hermsdorf), war denn auch ehrlich genug, zuzugeben, dass die ganze Veranstaltung mehr Theater als Ernst war. Er wies an der Hand der Protokolle Deutschnationalen, Kommunisten und Volksparteilern nach, dass sie schon im ganzen letzten Jahr bei allen Misstrauensvoten und Anträgen auf Auflösung des Landtages mit mindestens 20 Leuten gefehlt hätten, aus blosser Angst, sie könnten versehentlich die Mehrheit bekommen. Denn in Wahrheit wissen alle, dass der preussische Staat vernünftig und gerade eben nur vom Kabinett Braun weitergeführt werden kann.

Bei der Begründung des Misstrauensvotums gab der Deutschnationale v. Winterfeldt - der Herr Fraktionsvorsitzende hatte sich persönlich bemüht - eine gescheiterte Analyse der gegenwärtigen sozialdemokratischen Politik, als man sie von unseren Gegnern gewohnt ist. Die Sozialdemokratie stimme keineswegs mit dem Brüning'schen Reformprogramm überein. Sie halte Brüning nur bis zu dem Tag,

wo sie mit Aussicht auf Erfolg Neuwahlen herbeiführen könne. Inzwischen suche sie ihre Macht in Preussen zu verewigen. Severing sei restlos der Alte geblieben. Das System Severing bedeute, mit den Mitteln des Staates die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu stärken. - Diese Darlegungen des Herrn v. Winterfeldt fanden begreiflicherweise lebhafteren Beifall bei den Sozialdemokraten als bei seinen Parteifreunden. Umso kläglicher fielen die alten Hetzphrasen des Kommunisten Kasper ab, der Severing als Faschisten darstellen wollte.

Der Volksparteiler Stendel beeilte sich, für das Misstrauensvotum zu plädieren; er sah dabei genau aus, wie auf dem berühmten Bild von der Verbrennung des Johann Huss das alte arme Weiblein; das auch noch ein Stück Holz zum Scheiterhaufen herbeischleppt, und dem Huss, der stets für die Interessen der Armen gekämpft hat, die klassischen Worte zurief: "Heilige Einfalt!"

Der Wirtschaftsparteiler Ladendorff fluchte in den höchsten Tönen dem sozialistischen System Braun-Severing, vermied es aber, trotz aller Aufforderungen, sich darüber zu äussern, wie die Bank, deren Aufsichtsratsvorsitzender er ist, dazu gekommen sei, zwei wirtschaftsparteiliche Abgeordnete des Anhaltischen Landtages mit 10 000 und 20 000 Mark zu bestechen. Auch seine Apostrophierung als alter Dessauer löste ihm nicht die Zunge über dieses kitzliche Thema.

Der Nationalsozialist Kube machte in geheuchelter moralischer Entrüstung über die persönliche Lebensführung Severings und Grzesinskis. Er bezog dafür vom Genossen Leinert eine fürchterliche Abreibung. Leinert las die Dokumente vor, durch die im Jahre 1926 der eben in den Landtag neu eingezogene nationalsozialistische Abgeordnete Hinckler sich für geisteskrank hat erklären lassen. Er kennzeichnete den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Rust-Hannover als einen der bekanntesten Feiglinge und Frontdrückeberger im Weltkrieg. Aus den gegenseitigen Fehden nationalsozialistischer Führer las er einige Urteile vor, die sie sich untereinander ausgestellt haben, wobei Lump, Lausbub und Verbrecher die üblichsten und mildesten Bezeichnungen sind. In der Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten sassen geständige und verurteilte Mörder, Einbrecher und Sittlichkeitsverbrecher.

Dem Genossen Severing sprach Leinert das volle und rückhaltlose Vertrauen nicht nur der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, sondern aller vernünftigen deutschen Arbeiter und aller ehrlichen deutschen Republikaner aus. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten ihm jubelnd zu.

Die Abstimmung über das Misstrauensvotum findet Donnerstag Nachmittag um 2 Uhr statt. Die heutige Debatte hat immerhin ergeben, dass alle antirepublikanischen Parteien und Parteisplitter des Landtages die grössten Anstrengungen machen, eine Mehrheit gegen Severing zusammenzubekommen.

Am Mittwoch stehen die Anfragen und Anträge über die Grubenkatastrophen auf der Tagesordnung.
